

Volkswacht

für Schlesien

Den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“.

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Blücherstraße 4/6, durch die Filial-Expeditionen: Neue Graupenstraße 5; Matthiasstraße 100, sowie durch alle Auswärtigen zu beziehen. — Bezugspreis im Voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmt. + 8 Pf. Trägerlohn + 0,50 Rmt. monatlich 1,75 Rmt. + 35 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rmt. Durch die Post einschließlich Zustellungsgebühren 2,40 Rmt.

Organ für die werftätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21237, Redaktion 21238
Postfach-Konto: Postfach-Nr. Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf., auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellensuche, Bezeugs-, Verammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Blücherstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Das neue Kabinett Macdonald

Stark verkleinerte Ministerzahl — Nur ein Übergangskabinett zur Staatsfinanzierung — Macdonald legt Parteivorsitz nieder

Misstrauensbeschlüsse der L.P.

London, 25. August. (Eigener Drahtbericht.)
Macdonald hat am Dienstagabend dem König die Ministerliste der neuen Regierung vorgelegt. Das Kabinett besteht aus 19 Mitgliedern, und zwar: Ministerpräsident Macdonald, Vizepräsident des Rates (Minister ohne Portfeuille) Baldwin, Schatzkanzler Snowden, Vordanzler Lord Sankey, Sicherheitsminister Herbert Samuel, Außenminister Lord Reading, Indienminister Sir Samuel Hoare, Dominica und Kolonienminister James Plimsdell, Innenminister Neville Chamberlain, Handelsminister Sir Philip Cunliffe-Lister. Die übrigen Ressorts außerhalb des Kabinetts neu besetzt worden. Sir Stanley Baldwin hat die Verwaltung des Marineministeriums, Lord Amulree die des Luftministeriums übernommen. Die Leitung des Kriegs- und des Landwirtschaftsministeriums wird der belagerten übergeben werden.

Die Herabsetzung der Zahl der Kabinettsmitglieder von 21 auf 19 erfolgte zur Erhöhung der Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten. Politische Fragen allgemeiner Natur will das Kabinett möglichst aus seinem Arbeitsbereich ausschalten. Seine Aufgabe sieht es ausschließlich in der schnellen Balancierung des Staats. In diesem Sinne wird die Regierung handeln. Die Labour-Party wird am Mittwoch ihre Stellung zum neuen Kabinett festlegen. Das soll in getrennten und gemeinsamen Beratungen der Parteileitung und der Parlamentsfraktion geschehen. Der Kampf geht um die Erhaltung der Parteieinheit. Macdonald wird den Vorschlag niedergelegt. An seine Stelle wird Henderson treten. Die Unabhängige Arbeiterpartei hat bereits am Montag eine scharfe Entschließung gegen die Politik Macdonalds angenommen.

Macdonald über die Gründe seines Verhaltens

London, 26. August. (Eig. Funkbericht.)

Der englische Ministerpräsident hielt am Montagabend im englischen Rundfunk eine Rede über die politische Lage, in der er sein Verhalten gegenüber der Arbeiterpartei zu rechtfertigen suchte. Macdonald führte u. a. aus:

„Ich spreche heute Abend unter ungewöhnlichen und meiner Meinung nach besorgniserregenden Umständen. Ich habe mein Bestes getan, um dem Aufbau einer politischen Partei entgegenzutreten. Ich war ihrer Geburt anwesend, ich war ihre Wärtlerin während der Jahre, die sie heranwuchs und großjährig wurde. Auch jetzt habe ich keine meiner Überzeugungen und Ideale geändert. Jetzt behauptet man, ich hätte keine Vertrauensbeweise der Arbeiterbewegung für die Handlungsweise. Jawohl, mein Vertrauensbeweis ist das öffentliche Bewusstsein, wie ich es auffasse und dem ich ohne Rücksicht auf irgendwelche Folgen gehorche.“

Macdonald bekräftigte sich dann mit der wirtschaftlichen Lage und stellte fest, daß der Niedergang der Weltwirtschaft alle Länder einschließlich England betroffen habe. Die Welt sei die deutsche Krise gekommen. England habe Deutschland viel Geld gehabt, das vorübergehend „eingefroren“ sei. Aber vor allem sei die öffentliche Meinung in den Ländern wegen der Lage des englischen Staatshaushaltes besorgt gewesen. Sie habe einen großen Fehlbetrag kommen sehen und befürchtet, daß England über seine Verhältnisse lebe und auch weiterhin leben werde, daß England nicht genügend ausführe, was seine notwendige große Einfuhr an Lebensmitteln und Rohstoffen bezahlen zu können. Die öffentliche Meinung sei geneigt gewesen, anzunehmen, daß Englands Schwierigkeiten nicht nur vorübergehender Natur seien. Der Verdacht, daß Fremde Mächte absichtlich England Schaden beibringen wollten, treffe nicht zu. Heute sei es notwendig, daß das Vertrauen der Welt in den englischen Kredit wieder hergestellt werde. Falls das nun plötzlich und katastrophal fallen würde, dann würden die Folgen schneller Reigen als Löhne und Einkommen ihnen angepaßt werden könnten. Dadurch würde nicht die Rente mit dem größten, sondern die Rente mit dem kleinsten Geldbeutel am meisten betroffen werden. In dem jetzigen Kabinett habe Übereinstimmung darüber bestanden, daß ziemlich drastische Einsparungen gemacht werden müßten. Offenbar habe der Vorschlag auf Kürzung der Beihilfen unter Führung seiner bisherigen Mitarbeiter am meisten bedrückt. Der jetzige Vorschlag gehe dahin, die Arbeitslosenunterstützungen um 10 Prozent zu kürzen, aber die Beihilfen in ihrer bisherigen Form beizubehalten. In den letzten zwei Jahren sei der Lebenshaltungskostenindex um 11 1/2 Prozent gestiegen, so daß, falls die Arbeitslosenunterstützung davon abhängig gemacht werden würde, sie automatisch um 11 1/2 Prozent herabgesetzt werden würde.

Macdonald schloß: „Die neue Regierung ist gebildet worden, um einen Plan zum Ausgleich des Haushalts zu entwerfen. Es ist keine Koalitionsregierung. An einer solchen Regierung würde ich nicht teilnehmen. Unsere Aufgabe und die des Landes ist, ob reich oder arm, beschäftigt oder unbeschäftigt, den Blick ins Auge zu legen, entschlossen, der Schwierigkeiten, die uns bedrohen, Herr zu werden.“

Berechtigte Kritik an Macdonald

Berlin, 25. August. (Eigener Bericht.)

Der Erschluß Macdonalds, Snowdens und einiger anderer Mitglieder der englischen Arbeiterpartei, mit den beiden bürgerlichen Fraktionen ein Kabinett zu bilden, das sein Sparprogramm gegen die eigene Partei durchzuführen will, steht in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung wohl einzig da. Nach den unter Sozialdemokraten des europäischen Kontinents herrschenden Begriffen von Disziplin würden sich diese Männer damit geradezu automatisch außerhalb der Partei gestellt haben. Nun sind die entsprechenden Begriffe in England seit jeher viel weniger streng. Auch in der Labour Party hat man bisher eine sehr weitgehende Toleranz geübt — vor allem gegenüber dem radikalen Flügel der Unabhängigen Arbeiterpartei — und Dinge geschehen lassen, die in allen anderen sozialistischen Parteien der Welt als Disziplinbrüche schwerster Art beurteilt und geahndet worden wären.

Aber selbst bei den in Großbritannien herrschenden, viel lockeren Auffassungen über das zulässige Maß von politischer Bewegungsfreiheit des Einzelnen scheint doch das Vorgehen Macdonalds und seiner engeren Freunde starke Bestürzung, zum Teil sogar Empörung hervorgerufen zu haben. Macdonald war immerhin der erste politische Führer der Partei, als solcher war ihm das Amt des Premierministers zugefallen. Diese Eigenschaft, die ihm höchste Ehren einbrachte, legte ihm zugleich besondere Pflichten gerade gegenüber der Partei auf. Für die Labour Party ist es nun ein höchst bedenklicher Zustand, daß sie eine Regierung bilden muß, an deren Spitze ihr bisheriger Führer steht und der auch noch weitere prominente Persönlichkeiten aus den eigenen Reihen angehören. Kommt es, wie allgemein erwartet wird, zu baldigen Neuwahlen, dann befindet sich die Labour Party von vornherein in einer taktisch äußerst un-

günstigen Situation, weil Konservative und Liberale im Wahlkampf leichtes Spiel haben werden. Sie werden immer wieder darauf hinweisen, daß die Labour Party und die Gewerkschaften eine Politik angriffen, die von ihren bisherigen eigenen Führern verantwortet worden sei.

Bezeichnend ist, daß Arthur Henderson als Außenminister sein Amt, das er so erfolgreich geleitet hat, ohne Zögern niedergelegt hat, um sich an die Spitze der Opposition gegen die neue Regierung zu stellen. Es bleibe dabei dahingestellt, ob er in der Sache den Sparvorschlüssen Macdonalds und Snowdens so grundsätzlich ablehnend gegenüberstand wie manche Gewerkschaftsführer. Aber als langjähriger Generalsekretär der Labour-Party hat er die ungeheure Gefahr sofort erkannt, die der Partei drohte. Der Zusammenhalt zwischen Partei und Gewerkschaften, die Einheit der britischen Arbeiterbewegung, schien ihm sofort mit Recht als das Wichtigste. Sein Beispiel dürfte für die übergroße Mehrheit der Abgeordneten und der Mitglieder entscheidend gewesen sein. Kein Zweifel ist mehr möglich, daß auf der am Mittwoch stattfindenden Tagung des Parteiausschusses der Labour-Party ebenso wie Anfang September, wenn das Unterhaus zusammentritt, in der ersten Sitzung der Parlamentsfraktion nur eine kleine Minderheit Macdonald und Snowden Gefolgschaft leisten wird.

Kein Wunder, daß man unter diesen Umständen sogar schon davon spricht, daß die verbleibenden Minister sowie die Abgeordneten, die sie im Gegensatz zum Gros der Partei unterstützen wollen, aus geschlossen werden sollen. Im Interesse des englischen wie des gesamten internationalen Sozialismus wollen wir hoffen, daß sich diese extreme Maßnahme vermeiden lassen wird. Die vornehmsten Formen, in denen sich in England der politische Kampf abzuspielen pflegt, gestalten die Erwartung, daß der gegenwärtige Bruch keine persönlichen Feindschaften und Gefälligkeiten innerhalb der Führerschaft nach sich ziehen wird. Das neue Experiment Macdonalds soll sowohl nur von kurzer Dauer sein. Er und Snowden handeln zweifellos falsch, aber nach besserer Überzeugung, sie glauben, im Interesse der ganzen Nation diesen Weg gehen zu müssen, sie fühlen den Druck der internationalen Hochfinanz, vor allem des sozialreaktionären amerikanischen Großkapitals, das seine Hilfe für die englische Währung an brutale Bedingungen knüpft. Möge daher am Schluß dieser Episode die Einheit der Labour-Party wiederhergestellt sein! Denn zugleich hängt für die Arbeiterklasse Großbritanniens und der ganzen Welt davon ab, daß gerade in den kommenden Zeiten der Not und der Kämpfe ein starker, geschlossener Block von Partei und Gewerkschaften dem Kapitalismus und Imperialismus entgegentritt.

Eine rechtsungültige Notverordnung

Notverordnung des Reiches über Ermächtigung an die Landesregierungen zu Notverordnungen

Die vor einigen Tagen angekündigte Notverordnung des Reichspräsidenten, die den Landesregierungen eine Ermächtigung zum Erlass eigener Notverordnungen erteilt, ist am Mittwoch veröffentlicht worden. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird verordnet:

1. Die Landesregierungen sind ermächtigt, alle Maßnahmen, die zum Ausgleich der Haushalte von Ländern und Gemeinden (Gemeinbänden) erforderlich sind, im Verordnungswege vorzuschreiben. Sie können dabei von dem bestehenden Landesrecht abweichen.
2. Die Landesregierungen können insbesondere bestimmen, daß und in welcher Weise die Personalausgaben und andere Ausgaben der Länder und Gemeinden (Gemeinbänden) herabgesetzt werden. Verpflichtungen aus Verträgen bleiben unberührt, soweit es sich nicht um Personalausgaben handelt.“

A. Kr. Wir sind der Meinung, daß diese Notverordnung dem Wortlaut und Geist der Reichsverfassung insgesamt, und dem Art. 48 im Besonderen widerspricht und daher verfassungswidrig und ungültig ist. Daß infolgedessen auch Notverordnungen der Landesregierungen, die nur auf dieser Basis ruhen, ebenfalls keine Rechtsgültigkeit haben, und daher je nach den Bestimmungen der Landesverfassungen angefochten werden können.

In Artikel 5 der Reichsverfassung wird ausdrücklich festgesetzt, daß in Landesangelegenheiten die Staatsgewalt durch die Organe der Länder auf Grund der Landesverfassungen ausgeübt wird. Die Verfassung der Länder wird daher nach der Reichsverfassung allein durch die Organe der Länder festgelegt. Die Reichsverfassung schreibt nur in ganz bestimmten, genau bezeichneten Punkten den Ländern vor, wie grundsätzlich ihre Verfassungen aussehen müssen. Das bedeutet aber lediglich, daß die Landesverfassungen in den Punkten ungültig sind, soweit sie der Reichsverfassung widersprechen. Das kommt hier nicht in Frage. Die Gewährung des Notverordnungsrechts an die Landesregierungen über das in den einzelnen Landesverfassungen jeweils bereits festgesetzte Maß hinaus ist eine Veränderung der Landesverfassungen. Daß das Reich ein Recht hat, die Landesverfassungen zu ändern, wenn diese der Reichsverfassung nicht widersprechen, ist in der Reichsverfassung nirgends gesagt, dieses Recht besteht

also nach der Reichsverfassung auch nicht, da das zudem dem klaren Wortlaut des Artikels 5 widerspricht. Die vorliegende Notverordnung bedeutet also eine Veränderung der Reichsverfassung und zwar des 1. Abschnitts, des I. Hauptteils über das Verhältnis zwischen Reich und Ländern. Wir haben aber neulich bereits ausgeführt, daß auf Grund des Art. 48 nur einzelne, genau bezeichnete Artikel der Reichsverfassung und zwar nur solche, die dem II. Hauptteil der Reichsverfassung angehören, zeitweilig außer Kraft gesetzt werden können, aber keine anderen. Folglich kann auch nicht Abschnitt 1 des I. Hauptteils der Reichsverfassung durch eine Notverordnung auf Grund des Artikels 48 geändert werden. Sowohl die in Absatz 1 als auch die in Absatz 2 genannten Notmaßnahmen können, soweit sie nicht die dort ausdrücklich aufgezählten Artikel der Reichsverfassung betreffen, nur solche sein, die nicht verfassungsändernd sind.

Diese Auffassung widerspricht auch nicht dem ersten Satz des Artikels 13 der Reichsverfassung, daß Reichsrecht Landesrecht bricht. Denn dazu müßte zuerst das Reichsrecht dem Landesrecht widersprechen. Das ist aber nicht der Fall. Oder es müßte das Reichsrecht selbst einen Inhalt haben, daß die Landesverfassungen durch Notverordnung des Reiches geändert werden können. Das ist wiederum nicht der Fall. Denn die Reichsverfassung enthält diese Befugnis für das Reich, wie eben gezeigt, nicht. Es müßte also erst die Reichsverfassung selbst geändert werden. Das kann aber in diesem Falle wiederum nicht durch Notverordnung geschehen.

Die Notverordnung des Reiches ist umso mehr abzulehnen, als sie auch für den größten Teil Deutschlands, nämlich z. B. für Preußen, ganz überflüssig ist. Denn die preussische Regierung kann ohne sie nach Artikel 55 der Preussischen Verfassung, sofern der Landtag nicht verfassungsmäßig ist, an sich schon gesetzliche, der Verfassung nicht zuwiderlaufende Verordnungen erlassen, die Gesetzeskraft haben. Voraussetzung dafür ist nur 1. die Zustimmung des ständigen Ausschusses des Landtags, 2. daß eine dringende Notlage vorliegt. Daß dieser Fall zuzettelt z. B. in bezug auf die Staats der Länder und Gemeinden vorliegt, ist nicht zu bestreiten. Folglich kann die preussische Regierung z. B. alles notwendige auch ohne die neue Notverordnung des Reiches tun. Wenden kann sie allerdings nicht die Preussische Verfassung.

Allerdings besteht hier eine sehr geschickliche Unklarheit. In

der neuen Notverordnung des Reichspräsidenten heißt es nämlich, daß die Landesregierungen dabei auch „von dem bestehenden Landesrecht abweichen“ können. Was soll das heißen? Soll das heißen, daß sie nur die gewöhnlichen geltenden Gesetze ändern können? Wenn ja, so ist tatsächlich in dieser Notverordnung nicht mehr enthalten als nach der preussischen Verfassung der preussischen Landesregierung bereits zusteht. (Mit Ausnahme der Einschränkung, daß die Regierung die Zustimmung des Landtagsausschusses haben muß).

Wenn nein, d. h. wenn auch verfassungswidrige Verordnungen damit den Landesregierungen ermöglicht werden sollen, dann geht diese Notverordnung allerdings weit über das geltende preussische Recht hinaus. Aber dann wird die Sache noch weit schlimmer. Denn dann hieße das, daß das Reich durch Notverordnung den Ländern das Recht verleiht, ganz allein und selbstständig die Landesverfassungen durch Notverordnung zu ändern. (Allerdings nur soweit dabei die Regelung der Stats der Länder und Gemeinden in Frage kommen.) Das wäre die nackte Diktatur wenigstens auf einem Teilgebiet.

Wohl bemerkt: Unsere Kritik richtet sich nicht gegen das materielle Ziel der Notverordnung, nämlich die Stats der Länder und Gemeinden zu balancieren, sondern nur gegen die Methode, die hier eingeführt werden soll. Denn sie ist unnötig und äußerst gefährlich.

Was kann gegen diese Notverordnung geschehen? Diese Notverordnung des Reiches selbst kann, aber nur von den Landesregierungen oder den Landesparlamenten, auf Grund des Artikels 19 Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich an-

gefochten werden, da, wenn ein Land gegen diese Notverordnung ist, es sich um eine nicht privatrechtliche Streitigkeit zwischen dem Reich und einem Lande handelt. Außerdem aber können unseres Erachtens alle auf Grund dieser Notverordnung erlassenen Notverordnungen der Länder vor den Staatsgerichtshöfen der Länder als rechtswidrig angefochten werden, je nach den Bestimmungen der Verfassungen der einzelnen Länder. Nach Artikel 87 der preussischen Verfassung ist unseres Erachtens in Preußen dazu jeder von einer solchen preussischen Notverordnung Betroffene berechtigt.

Der Staatsgerichtshof für Preußen ist vorerst der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich (Artikel 19 Absatz 1 der Reichsverfassung).

Vollständig ist zu dieser Notverordnung zu sagen: Auch die größte Notlage — und so groß ist die Notlage der Länder und Gemeinden sicherlich nicht, daß die notwendigen gesetzlichen Maßnahmen nicht auf dem Wege der normalen Gesetzgebung durchgeführt werden könnten, wenn nur der ernste Wille zur Hilfeleistung insbesondere beim Reich bestünde — rechtfertigt nicht, daß auf diese Weise die parlamentarische Demokratie eingeschränkt wird. Wenn diese Notverordnung rechtswidrig wäre, dann wäre ja jede Verfassungsänderung auf dem Wege der Notverordnung möglich. Es bestünde dann überhaupt keine Sicherungen gegen einen Staatsstreich mehr. Deshalb ist diese Notverordnung politisch völlig verfehlt, sie würde, wenn sie nicht von allen, denen es möglich ist, bekämpft wird, einen äußerst gefährlichen Präzedenzfall schaffen.

Reichstages zu einer Sonderprüfung zusammen, die die internen Fraktionsfragen befreit.“
Dazu erfahren wir: Der Reichszentralrat hielt während der Sitzung eine ausführliche Rede, in der er alle im Reich politischen und wirtschaftspolitischen Fragen erörterte. Jedem eine Veränderung der Regierungskoalition sei beabsichtigt. Die Reichsreform sei als ein Projekt bezeichnet, es sei zurzeit nicht so dringlich, wie die schwierigen wirtschaftlichen und finanzpolitischen Aufgaben. In keinem Fall werde die Reichsreform auf dem Wege der Notverordnung gelöst. Die Aufsicht über die Banken müsse streng gehandhabt werden. Man wolle den Banken jedoch die Verantwortung für ihre Geschäftstätigkeit nicht abnehmen. Die Häufung von Aufsichtsratsposten bei einzelnen Personen werde auf die Dauer auf keinen Fall bestehen bleiben können.

Zusammenfassend erklärte der Reichszentralrat, daß er optimistisch gestimmt sei, aber hoffe, daß das deutsche Volk im schweren Winter, der ihm bevorstehe, die Nerven nicht verliere werde.

Brüning über die letzten acht Wochen

Stuttgart, 26. August. (Eigener Drahtbericht)

Im Anschluß an die Beratungen der Zentrumsfraktion des Reichstages fand am Dienstagabend in der Veranlassung der Stuttgarter Zentrumsparlamentarischer Abendstunde, auf dem u. a. auch Reichszentralrat zu kurzen Ausführungen das Wort nahm, was einleitend daraufhin, daß die Aussprache in der Zentrumsfraktion nicht nur für Deutschland, sondern auch für die internationale Atmosphäre große Bedeutung habe. Brüning fuhr dann fort:

„Wir haben alle die Ueberzeugung, daß die Welt nur jenen kann, wenn zur Bekämpfung der größten Wirtschaftskrise eine Reihe von Maßnahmen auf internationaler Basis ergreifen werden. Die Wählerchaft war nicht immer in der Lage, schnellen Gang der Gesetzgebung in den letzten Wochen in der vollen Bedeutung zu erfüllen. Trotzdem hat sie keinen Augenblick die Nerven und das Vertrauen in die Führung verloren. In entscheidenden Augenblicken der vergangenen Monate hat das Volk uns ein Vorbild gegeben, wie man die Notwendigkeiten des Staates erfüllt und zu Opfern bereit ist. Das wird die Geschichte eines Tages als eine der großartigsten Leistungen erkennen. Es ist deshalb heute meine Pflicht, Ihnen den richtigen Dank auszusprechen, daß Sie in den schweren Tagen und Wochen, wo ich manchmal gegen mein innerstes Gefühl zusammen mit meinem Freunde Siegerwald dem Volke die Opfer aufbürden mußte, zu mir gehalten haben. Die Regierung ist sich in allen ihren Maßnahmen darüber klar gewesen, daß der Erfolg beschieden gewesen wäre. Es war der größte Erfolg im Ausland, daß an den Tagen, wo die Banken und die Geschäftstätigkeit geschlossen wurden, es in Deutschland zu größeren Ausschreitungen und Tumulten gekommen ist. Kennen die Grenzen unserer Möglichkeiten und sind uns darüber, daß wir aus eigener Kraft nicht in der Lage sind, uns endgültig zu helfen.“

Der Vorsitzende der Zentrumsparterie dankte dem Reichszentralrat in einer längeren Rede für die Führung der Staatsgeschäfte in dieser schwierigen Zeit. Er gab zugleich Hoffnung aus, daß ihm die Zentrumsparterie auch in Zukunft folgen werde.

Die Volkspartei hat Wünsche

Scherbengericht über Mittelmann geplant

Der Vorstand der Deutschen Volkspartei am Montag in Berlin versammelt war und sich mit der politischen Lage nach dem Volksentscheid beschäftigte, beauftragte den volksparteilichen Führer Dingeldey dem Reichstagsrat in den nächsten Tagen bestimmte Wünsche vorzutragen.

Der Vorstand beschäftigte sich u. a. auch mit dem Verhalten gemisser Mitglieder, die öffentlich gegen den Volksentscheid Stellung genommen haben. Der „Fall Rahl“ soll beigegeben sein, der „Fall Mittelmann“ nicht. Wie es heißt, beabsichtigt man über Mittelmann ein Scherbengericht zu veranstalten.

Die Bombenleger-Zeitung in Kontow

Zuerstgebrune hat sie aufgefressen

Thiesse, 25. August (Eigener Drahtbericht)
Die Zeitung der Bombenleger „Das Landvolk“ ist unmittelbar vor dem Ende ihres Erscheinens. Die Gesellschaft des Unternehmens haben sich geschlossen, den Verlag aufzulösen und am Mittwoch den Konkurs anzumelden. Der bisherige Herausgeber des Blattes beabsichtigt, aus der Tageszeitung eine Wochenzeitschrift zu machen, wobei allerdings Voraussetzung ist, daß genügend Anhänger findet, die das neue Unternehmen finanzieren. Bisher sind alle Sanierungsversuche daran gescheitert, daß der allergrößte Teil der Einnahmen und Einnahmen in die Hände des Rechtsanwalts Zuerstgebrune wanderten, dessen Forderungen für die Verteilung der Bomben-Prozesse auch heute noch nicht restlos gedeckt sind.

Wieder ein Naziverleumder entlarvt

Er hat für seine Verleumdungen keinerlei Anhalt — Er leistet demütig Abbitte

Meiningen, 25. August. (Eigener Drahtbericht)

Vor dem Schöffengericht Meiningen wurde am Dienstag der nationalsozialistische Studienrat Hille aus Hildburghausen als gemeiner Verleumder entlarvt.

Hille hatte den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Crispian und Dittmann in einer Versammlung in Gleichamberg am 10. Juni 1930 vorgeworfen, daß sie während des Weltkrieges in enger Beziehung zu französischen Offizieren gestanden hätten. In dem „Kreisblatt“ für die Kreise Sonneberg und Hildburghausen hatte Hille noch am 1. August 1931 in starkem Tönen gepöbeln: „Endlich kommt der Haupttag, nachdem monatelang schon die roten Blätter meine Kapitulation vor den roten Führern ihren Schaffeln vorgeschwätzt haben.“ Am Dienstag war Hille, der unter dem Beifall seines Parteifreundes, Rechtsanwalt Frank II. Wünsch, erschienen war, merkwürdig heisler und erklärte sich auf die erste Frage des Vorsitzenden, ob ein Vergleich möglich sei, ohne weiteres zur Abgabe einer Ehrenerklärung bereit. Die Abgeordneten Crispian und Dittmann entschlossen sich, aus Mitleid mit Hille, der schwer kriegsversehrt ist (verhüttet), auf Befragung Verzicht zu leisten. Hille gab dann folgende Erklärung ab:

„Es wird mir zur Zeit gelehrt, in einer Versammlung in Gleichamberg am 10. Juni 1930 den Abgeordneten Crispian und Dittmann nachgesagt zu haben, daß sie mit französischen Offizieren in enger Beziehung gestanden hätten. Ich muß zugeben, daß ich für die Verleumdung keinerlei Anhalt habe und nehme sie mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.“

Hille verpflichtet sich weiter diese Erklärung binnen zwei Wochen im „Hildburghäuser Kreisblatt“ und der „Vorzeitung“ zu veröffentlichen. Er verspricht ferner, auch die wörtliche Bekanntgabe seiner Erklärung in dem nationalsozialistischen „Kreisbeobachter“ für Sonneberg und Hildburghausen. Außerdem übernahm er sämtliche Kosten des Verfahrens, einschließlich derjenigen der Nebenkläger und ihres Anwalts.

Nazis und Nazis gehen wieder zusammen

aber wohl ohne Erfolg

Deutschnationale, Nazis und Kommunisten haben sich wieder einmal zusammengefunden. Sie fordern neuerdings gemeinsam die Einberufung des preussischen Landtages. Die einen, um die angeblich bevorstehende Verhinderung der Verhinderung zu verhindern, die anderen, um von der Tribune des Parlamentes mit den Feinden des wertvollen Volkes in Stadt und Land abzurechnen. Ob man darunter auch die kommunistischen Polizeimörder versteht?

Der Reichspräsident des Landtages wird zu dem

Antrage der faschistisch-kommunistischen Front wahrscheinlich Mitte der nächsten Woche Stellung nehmen. An sich muß der Präsident des Landtages das Parlament einberufen, wenn die Regierung oder mindestens 90 Abgeordnete eine derartige Forderung stellen. Diese ziffernmäßige Voraussetzung der Einberufung des Landtages wird von der faschistisch-kommunistischen Einheitsfront erfüllt. Andererseits aber sagt Artikel 17 der Verfassung, daß der Landtag den Schluß der Tagung und den Tag des Wiedereintritts bestimmt. Dieser Bestimmung hat der Landtag durch Verzögerung bis zum 12. Oktober entsprochen, so daß das Antragsrecht des Präsidents der Abgeordneten unseres Erachtens im Augenblick keine Geltung hat und der Landtag nicht einzuberufen werden braucht, weil die faschistisch-kommunistische Front das Bedürfnis nach neuem Klamauk hat.

In der Reichsverfassung ist hinsichtlich des Reichstages eine ähnliche Bestimmung enthalten wie in der preussischen Verfassung über den preussischen Landtag. Als eine oppositionelle Minderheit im Reich vor Monaten die Einberufung des Reichstages forderte, hat die Mehrheit des Reichstages die Bestimmung der Reichsverfassung dahin ausgelegt, daß sich der Reichstag verzagt hat, und nur er selbst, also eine Mehrheit des Reichstages, gegenwärtig eine Einberufung fordern kann. Was für das Reich gilt, sollte unseres Erachtens auf Grund der ähnlichen Bestimmung der preussischen Verfassung auch für den Landtag gelten.

Die Tagung der Zentrumsfraktion

Keine Veränderung der Regierungskoalition geplant — Keine Reichsreform auf dem Wege der Notverordnung

Stuttgart, 25. August. (Eigener Drahtbericht)

Die Reichstagsfraktion des Zentrums hielt am Dienstag in Stuttgart eine mehrstündige Sitzung ab. An der Tagung nahmen Vertreter der Zentrumsparterie von Württemberg, Baden, Hessen und der Pfalz sowie der geschäftsführende Vorstand der Zentrumsparterie teil. Ueber die vertraulich geführten Verhandlungen wurde abends folgende parteiamtliche Mitteilung herausgegeben:

Reichszentralrat Dr. Brüning und die Reichsminister Dr. Siegerwald und Dr. Wirth berichteten über die gegenwärtige Lage. Die Versammelten nahmen die Berichte in vertrauensvoller Stimmung entgegen. Es ergab sich volle Einmütigkeit sowohl in der Auffassung der Sachlage als auch der besonderen Aufgaben, die gelöst werden müssen, um die Schwierigkeiten des kommenden Winters zu überwinden. Besondere Beachtung fanden die Fragen, die mit der in Fluß geratenen Reparationsdebatte zusammenhängen, Umfang und Methoden von Sparmaßnahmen in Ländern und Gemeinden sowie die Kürzung der hohen Pensionen. In letzter Frage wird von der Reichsregierung eine beschleunigte Aktion erwartet. (?) Am Spätnachmittag trat die Zentrumsfraktion des

Theo Tass Trill

Der große Lügner

Eine deutsche Heldengeschichte von Erich Herrmann
Copyright 1931 bei Schlessierdruck G.m.b.H. Breslau

107) (Nachdruck verboten)

„Sie beginnen zu begreifen, Theol?“
„Wann ich aber finde...“
„Sie finden nichts und andere noch viel weniger. An dem Geschick ist wirklich noch zu verdienen.“
„Lange dauert der Krieg aber nicht mehr!“
Thiessen schlug ein lautes Lachen an und wollte sich nicht mehr zugutegeben. Immer wieder brach es in ihm empor.
„Stellungskrieg!“ rief er dann heraus. „Festgeföhren! Unter zwei Jahren kriegen Sie die nicht mehr auseinander. Ich weiß schon, wann ich sozusagen die Beine aus der Sack herausrufen habe. Vorläufig geht das Geschäft noch aufwärts. Nächstens werde ich Ihnen hundert Baracken in die Padelwitzer Heide stellen. Die eignen sich für ein Gefangenenlager wie selten ein Platz. Ich habe die Anträge durch Mittelspersonen nach oben gelangen lassen. Wird's gemacht, kriegen ich den Auftrag, denn ich bin der Nächste. Die Eisenbahnbesetzung fällt weg. Ein Teil der Frachtposten auch. Die kann man noch auf die Preise ausrechnen drüberschlagen.“
Er stand auf und sah von oben herab auf Theo Tass Trill, der nachdenklich im Stuhle sitzen blieb.
„Gemecht!“ fragte er.
„Sagte Sie!“ antwortete Theo und zeigte ungeduldig den Kopf hin und her.
„Bei mir gehen Sie immer nicht. Theol! Schauen, daß Ihre Mutter nicht mehr lebt. Sie können sie jetzt fragen können, ob man sich mit mir einlassen darf.“

8.
Theo Tass Trill wurde rasch die Sorgen los. Er sah wieder vergnüglich in die Zukunft und fand die Länge des Krieges nicht mehr greulich.
„Besser als vordem konnte er sich jetzt auch mit anderen Dingen befassen. Das schaffte nicht nur Abwechslung. Thiessen, der oft nach Fadelwitz in die Filiale der „Westdeutschen Heeresbetriebe Abteilung: Barackenbau und Munitionskistenherstellung“ kam, ermunterte ihn dazu.
„Du schaffst Dir Beziehungen dadurch, Theol!“ riet er. „Die kann ich wieder in Geld umsetzen. Am Handwerk fehlt Dir's nicht!“
„Denklich bist Du, Hünerkl! Das muß man Dir schon lassen. Meine Art ist das nicht!“
„Ich weiß, ich weiß! Du sprichst geschwollener als ich. Bock! Das geb' ich zuzagen zu. Aber das Geld nimmst Du ebenso gern.“
„Stimmt!“
„Und anzulegen verstehtst Du es auch!“
Er warf eine Geste, die unmißverständlich war. Sie lachten beide darüber.

Theo Tass Trill saß in einer Anzahl von Kommissionen und Ausschüssen. Unter Hunderten von Aufrufen stand sein Name. Bald als erster, bald dem Alphabet nach neben der Prominenz, die in der Heimat anzutreiben war.
Er verfaßte Statistiken über den Erwerb neuer Rohstoffe und hielt Lichtbildvorträge über den Segen eines Kolonialreiches. An allen betrieblichen und unbetrieblichen Denk-schriften über Kriegsziele und Friedensvoraussetzungen war er beteiligt. Er hatte die Halbbrot, wo sie sich auch zeigte. Am meisten argerte ihn der Reichstag, in dem — seiner Meinung nach — die Parteien zu sehr nach dem Frieden wuselten. Er behauptete, Schwabmann und Payer verschränkte er nach der Zeitungsberichte mindestens einmal täglich mit Haut und Haaren zum Frühstück. Er hatte die Parlamentarier und schämte: Folger Gendall! Sie haben keine Ahnung von

dem Frontgeist! Natürlich! Wer sich behaglich in den Ledersesseln des Reichstages herumräkelt, weiß nichts von dem Opfermut im Schützengraben! Man sollte mich nur machen lassen!“

Er hatte völlig das Gefühl dafür verloren, wie er mit solchen Worten selbst herabsetzte. Aber er fühlte sich im Soldatenrock den Frontschweinen näher, als dem feigen Zivilistenpack, das sich bemühte, irgend einen Weg zum Frieden zu finden.

„Ein Hauptmann und zwei Mann!“ variierte er. „und Schwätzbude ist aussieder. Den einen an die Wand, den anderen an den Laternenpfahl und den Dritten auf Festung.“
Die Einschränkung auf die „zwei Mann“ war er sich selbst schuldig, da er seit kurzem Hauptmannsachseltücker war.
Er ging auch an nichts vorbei. Weder an dem Landwehmann, der schlecht grüßte, noch an den Möglichkeiten, die Binnenvorräte zu strecken oder Nahrungsmittel durch heimisches zu ersetzen.

„Das Volk frist noch zu viel und zu gut!“ pflegte rücksichtslos zu behaupten. „Dann soll man sich wundern, wenn der Krieg vor dem Siege zu Ende geht!“
Er organisierte die Liebesgabenstätigkeit im Großen! An seine Anrogung hin versammelten sich die Padelwitzer Frauen und Jungfrauen im „Rautenkranzsaal“ und strickten an drei Abenden Brauchbares und Unbrauchbares. Ganz Regimente wurden mit Kopf-, Ohren-, Hals-, Lungen-, Rücken-, Bauch- und Kniewärmern, mit Handschuhen und Strümpfen versorgt. Theo Tass Trill, der gelegentlich Plauderer zu diesen Abenden erschien, veranlaßte die Verpackung und Versendung. Welcher Soldat an der Front hätte niemals die Kiste mit dem Firmenaufdruck T. T. Trill/Padelwitz a. d. R. P. auf der Kompagnieschreibstube gesehen? Der er in erster Linie sein Regiment bedachte, muß verständlich erscheinen. Auch das Jägerbataillon hatte nicht zu klagen. Man gestand sich draußen ein, daß der Fadelwitzer Attache seinen Wert hatte.

(Fortsetzung folgt)

Die Mörder der Polizeioffiziere gefunden

Noch keine näheren Mitteilungen im Interesse der Untersuchung

Die Ermordung der zwei Polizeioffiziere im Mordanschlag in Berlin ist jetzt, wie von polizeilicher Seite mitgeteilt wird, restlos geklärt. Nähere Nachrichten sind deshalb zurückgehalten, weil die Polizei durch den Mordanschlag Schuld nachweis geführt hat und durch vorzeitige Veröffentlichungen nicht das Endergebnis der Untersuchung gefährden will. Von den in der Angelegenheit Verhafteten steht schon fünf Personen zweifellos fest, daß sie am Mordanschlag geschossen haben.

Einigen anderen Meldungen ist bei der Durchsichtigung des Liebknecht-Hauses, dem Sitz der KPD, keine Adressen-Kartothek aufgefunden worden. Geheime Besetzungsschriften, ferner Beweise dafür, daß die bekannten Betriebs- und Hauszettelungen der Kommunisten im Liebknecht-Haus hergestellt worden sind. Ein besonders merkwürdiges Merkmal betrifft eine Sammlung von Aufrufen, die einen sehr charakteristischen Charakter hat. Es sind Aufrufe aus der Zeit von 1934 bis heute. Man nimmt an, daß diese Sammlung auf den Liebknecht-Haus in den Besitz des Liebknecht-Hauses gelangt ist, da alle Stempel sorgfältig herausgeschnitten sind.

Held redet mal wieder

Abgeordnete „Weisheiten“ über die Reichsreform
 Ungeheure Verschwendungen in den Finanzsystemen der einzelnen Länder

Der Chef der bayerischen Regierung hat am Montag auf dem traditionellen Bauerntag in Lützen eine Rede gehalten, die nach Form und Inhalt Widerspruch herausfordert. Held hat geredet wie ein kleiner Funktionär der Bayerischen Staatspartei, der von Lügen und Blasen keine Ahnung hat. Er führte zur Frage der Reichsreform, über deren Notwendigkeit und unbedingte Notwendigkeit man sich endlich in den höchsten bayerischen Regierungskreisen die ernsthafte Rechenschaft ablegen sollte, u. a. folgendes aus:

„Es ist unerhört, daß in Berlin von Reichs wegen heute ein Entwurf einer Reichsreform in der Schublade, der im wesentlichen das enthält, was der preussische Finanzminister Dr. Höppler-Mohoff gesagt habe. Es ist ein Schandbild, wenn gesagt wird, daß sich die Länderkonferenz, die die Reichsreform der Justiz und Verwaltung ausdrücklich ablehnt. Die gegenwärtige bayerische Regierung wird sich nicht an die Hände und Füße gegen eine derartige Reichsreform stemmen. Wenn man daran gehen will, die Reichsreform Bayerns einzuführen oder gar aufzugeben, werden wir den Kampf führen bis zum Allerschlechtesten. Solange an dieser Stelle stehen, können die Leute nicht kommen und einen Reichsverrat nennen. Sie sollen daran denken, daß sie das Reich verraten, wenn sie die ganze Grundlage des Reichsaufbaus des Reiches sogar mit Notverordnungen zerstören und damit die Main-Quelle in ihrer ganzen Breite von Grund aus aufreizen wollen.“

Diese Redensarten werden am besten durch einen veröffentlichten Bericht des Reichsparlamentars über die Zustände bei den Landesverwaltungen in das richtige Licht gerückt. Die Unternehmungen des Reichsparlamentars haben sich u. a. erstreckt auf Haushaltswirtschaft und die Finanzen der Länder. Hier ist ein förmliches Chaos von Haushaltsformen und Buchungsformen festzustellen. Kein Haushaltsplan, keine Rechnung irgend eines Landes in Deutschland gleicht demjenigen des Reiches oder eines anderen Landes. Die Unterschiede sind so groß, daß bis heute noch nicht gelungen ist, mit der an sich so naheliegenden Methode der vergleichenden Haushalts- und Rechnungswesen brauchbare Urteile über die größere oder geringere Wirtschaftlichkeit eines Landes im Verhältnis zu anderen Ländern zu fällen oder in einzelnen Verwaltungszweigen zu geminnen. Der größte Teil der Länderausgaben entfällt auf persönliche Ausgaben. In Mecklenburg-Schwerin betragen die Personalausgaben beispielsweise nicht weniger als 69 Prozent. Man hat zu diesen ganz unmöglichen Zuständen die ewigen und Zeit kostenden Streitigkeiten zwischen den zahlreichen Landesparlamenten, dann sollte es schließlich auch dem dümmsten Narren einleuchten, daß es so nicht weitergehen kann und die Reichs-Verwaltungsreform eine dringende Notwendigkeit ist.

Die Frage ist nur, auf welchem Wege dieses Ziel zu erreichen ist. Darüber läßt sich durchaus sachlich diskutieren und über gibt es wohl in allen Parteien sachliche Meinungsverschiedenheiten. Aber das Ziel einer großzügigen Reichs-Verwaltungsreform rundweg abzulehnen, wie es der bayerische Ministerpräsident in Lützenhausen getan hat, läßt geradezu katastrophalen Mangel an Sinn für die wirtschaftlichen und politischen Erfordernisse der Gegenwart erkennen. Zudem sind wir überzeugt, daß die Reichs-Verwaltungsreform nicht nur durch die Hände und Füße der Herrschaft nicht halt machen wird.

Die richtige Antwort auf Stahlhelmprovokationen

Uniformverbot für den Konstanzer Stahlhelmtag
 Karlsruhe, 24. August. (Eig. Drahtbericht.)

Der Stahlhelm Gau Baden-Württemberg hat am 23. August in Konstanz a. Bodensee einen Stahlhelmtag angelegt, zu dem Vertreter aus verschiedenen Teilen des Reichs erscheinen sollen. Der badische Minister des Inneren hat jetzt für den Amtsbezirk Konstanz auf die Dauer von zwei Wochen bis zum 6. September allen politischen Vereinigungen das Tragen von Uniformen mit sofortiger Wirkung verboten. Zusammenkünfte werden nach Maßgabe des § 8 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931 bestraft.

Der Grund des Verbots ist darin zu suchen, daß es im Bezirk Konstanz in letzter Zeit zwischen politischen Gegnern zu heftigen Zusammenstößen gekommen ist. Es besteht deshalb die Gefahr, daß die Erregung innerhalb der Bevölkerung durch Uniformen politischer Verbände aufs neue angefaßt wird.

Das Haupttheaterblatt der Nazis verboten

München, 26. August (Eigener Funkenbericht.)

Die Polizeidirektion München hat den „Münchener Beobachter“ mit sofortiger Wirkung bis 1. September einseitig verboten. Das Verbot erfolgte wegen des Verstoßes gegen die Pressenotverordnung des Reichspräsidenten vom 28. März.

Steinfall der Nazis und ihres Freundes Görner

Das bayerische Uniformverbot bekräftigt
 München, 24. August. (Eigener Drahtbericht.)

Der vierte Straßenausschuss des Reichspräsidenten hat von der bayerischen Regierung ersuchte Uniformverbot als rechtsgültig anerkannt und eine Reichs-

der Nazi-Partei gegen das Verbot abgewiesen. Die Nazi-Partei wurde in ihrem Vorgehen durch den deutschen nationalen Justizminister Görner unterstützt, der seine vom Gesamtkabinett abweichende Stellung in seiner Parteipresse öffentlich bekanntgab.

Angst vor der eigenen Courage

Die Christlich-Sozialen Österreichs wollen die Präsidentschaftswahl ausschlagen
 Wien, 24. August. (Eig. Drahtbericht.)

Die Christlich-Soziale Parlamentsfraktion teilt mit, daß sie dem Nationalrat beim Wiederzusammentritt die Verschlebung der an sich für den 18. Oktober in Aussicht genommenen Präsidentschaftswahl vorzuschlagen werden. Der Vorschlag kann nur mit verfassungsändernder Mehrheit angenommen werden. Seine Annahme ist also ohne die Zustimmung der Sozialdemokratie nicht möglich.

Die Absicht der Christlich-Sozialen zielt darauf ab, die Wahl des Präsidenten durch das Volk, die seinerzeit von ihnen stürmisch verlangt wurde, möglichst weit hinauszuschieben.

Nazipropaganda in der Schweiz

Zürich, 24. August. (Eig. Drahtbericht.)

Das sozialdemokratische Züricher „Volksrecht“ berichtet, daß sich in Zürich ein Sekretariat und Propagandazentrum der deutschen Nationalsozialisten aufgetan hat. An seiner Spitze stehe ein deutscher Leutnant a. D. Mag von Sonstadt, der vom Braunen Haus nach Zürich delegiert worden sei. Für die nächste Zeit sei ein großer Werbefeldzug, insbesondere unter den in der Schweiz lebenden Reichsdeutschen, beabsichtigt.

Polens Vorschlag an Rußland

Warschau, 25. August. (Eigener Funkenbericht.)

Der polnische Gesandte in Moskau, der der russischen Regierung am Sonntag das Angebot eines Nichtangriffspaktes gemacht hat, ist am Montag in Warschau eingetroffen und sofort vom polnischen Außenminister empfangen worden. Die Einzelheiten des Nichtangriffspaktes sollen bereits in nächster Zeit bekanntgegeben werden.

Das amtliche polnische Regierungsorgan „Gazeta Polska“ erklärt zu den französischen-russischen Verhandlungen über einen Nichtangriffspakt, daß ein derartiger Pakt durchaus im Interesse Polens liege. Er führe zu einer weiteren Entspannung im Osten Europas und sei schon deshalb zu begrüßen.

Noch keine Verhandlungen über den Nichtangriffspakt

Die Nachricht von dem polnischen Vorschlag eines Nichtangriffspaktes zwischen Rußland und Polen hat in Warschau ein lebhaftes Echo ausgelöst. Es herrscht vorläufig jedoch noch Unklarheit darüber, inwieweit Polen in seinem Projekt die Balkanstaaten und vor allem seinen Verbündeten Rumänien berücksichtigt hat. Im Jahre 1928 hat Polen der Sowjetregierung einen ähnlichen Vorschlag wie jetzt gemacht. Damals forderte Polen die Einbeziehung Rumaniens. Der Vorschlag scheiterte, weil Rußland die polnische Forderung ablehnte. Rußland befindet sich mit Ru-

mänien wegen Beharabien seit Jahren in latentem Kriegs-

zustand. Von sowjetrussischer diplomatischer Seite wird unter Bezugnahme auf den polnischen Vorschlag vor allem unterstrichen, daß es sich im Augenblick lediglich um einen Vorschlag handele, der bisher noch nicht zu Verhandlungen geführt habe und dem vorläufig keine größere Bedeutung beigemessen werden könne.

Auch in Warschau Abbau der Beamtenegehälter

Warschau, 25. August (Eigener Drahtbericht.)

Der Magistrat der Stadt Warschau hat einen 15prozentigen Abbau der Gehälter seiner Beamten und Angestellten beschlossen. Jetzt drohen die Beamten und Angestellten, am 31. August geschlossen in den Streik zu treten, falls der Abbau beschluß nicht bis zum 27. August rückgängig gemacht wird. Vorläufig zeigt sich der Magistrat völlig unnachgiebig.

Lezrouz der kommende Mann in Spanien

Der spanische Außenminister Lezrouz hielt in Valadolid vor 15 000 Personen eine hochpolitische Rede, in der er die Verbreiterung der bisherigen Regierungsbasis als notwendig bezeichnete. Die Rede wird hier allgemein dahin ausgelegt, daß die Regierung nach der Rückkehr des Außenministers von der Völkerverbundstagung in Genf unter Führung von Lezrouz neu gebildet wird. Lezrouz wird in der Öffentlichkeit immer mehr als der kommende Mann betrachtet.

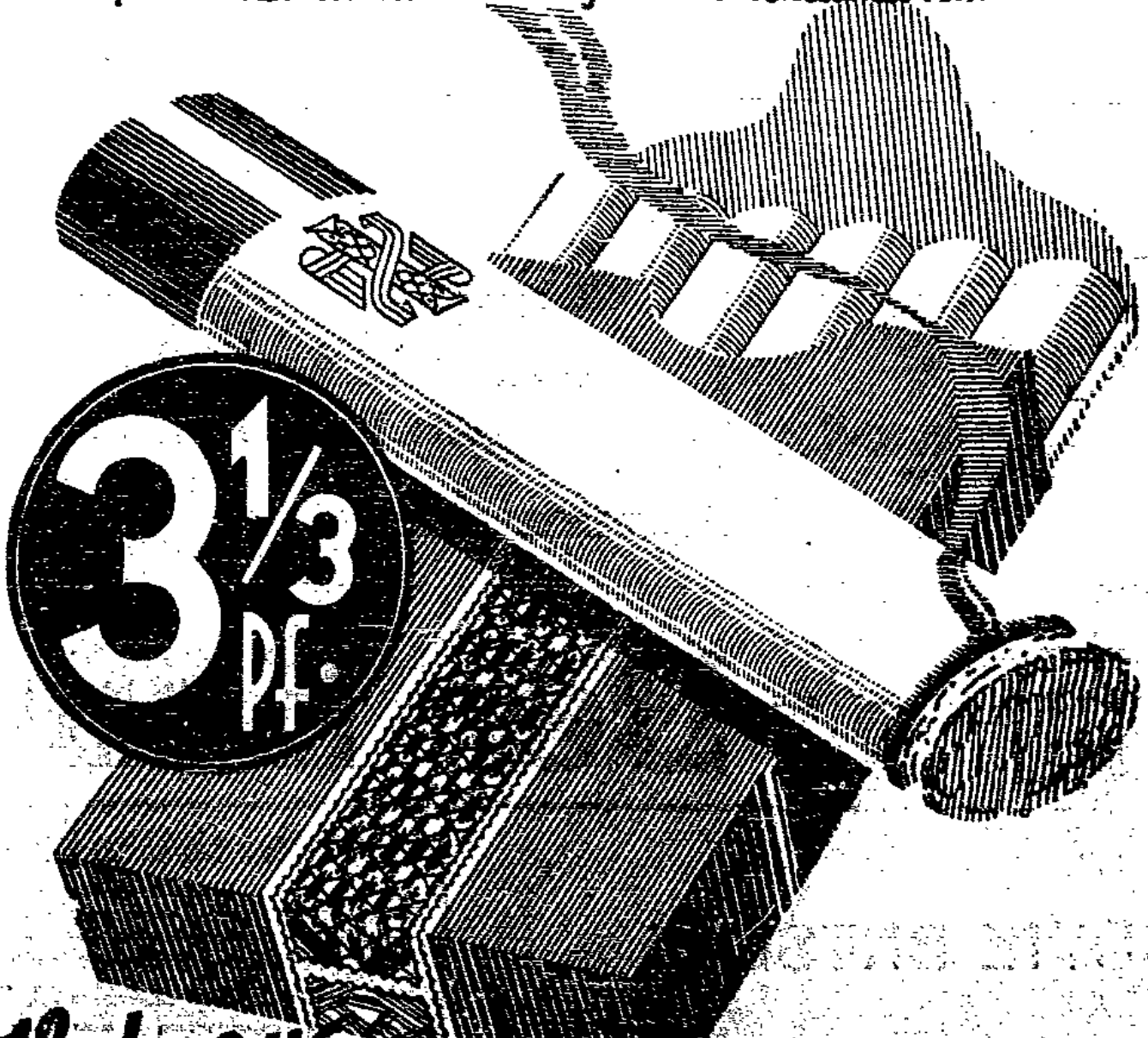
China boykottiert deutsche Waren

Weil ein deutscher Reeder seinen Gegnern Waffen liefert
 London, 25. August (Eigener Drahtbericht.)

Die Nanking-Regierung hat am Montag den deutschen Dampfer „N. C. Rickmers“ mit einer Waffenladung im Werte von mehr als 4 Millionen Mark beschlagnahmt lassen. Die Ladung bestand aus zwei Flugzeugen, 600 Maschinengewehren und einer großen Menge Munition. Anlässlich dieser Waffensendung und in Anbetracht der Vermutung der Nanking-Regierung, daß Deutschland der Kanton-Regierung nicht nur Waffen, sondern auch militärische Führer zur Verfügung stellt, hat Nanking den Boykott sämtlicher deutschen Waren beschlossen.

Das Auswärtige Amt äußert sich zu dem Beschluß der Nanking-Regierung dahin, daß die Reichsregierung Unternehmungen deutscher Firmen gegen Nanking oder Kanton keinerlei Schutz zuteil werden lasse. Allerdings bestehe keine gesetzliche Möglichkeit gegen die Durchführung im Ausland hergestellter Kriegsmaterialien durch Deutschland und seine Weiterführung ins Ausland vorzugehen. Ein Gesetz gegen solche Waffenlieferungen nach China sei 1928 vom Reichstag beschlossen worden. Aber es sei am 1. Mai 1929 abgelaufen und nicht erneuert worden. Die Verhältnisse in China waren im Mai 1929 vollkommen unsolidiert gewesen. Ganz China habe seinerzeit anheimend unter der Shanghai-Regierung gestanden. Auch andere europäische Regierungen hätten deshalb die Ausfuhrverbote von Waffen nach China nicht aufrecht erhalten. Die einzige Möglichkeit, den deutschen Handel vor nachteiligen Folgen zu bewahren, bestehe in der gegenseitigen Verpflichtung der deutschen Firmen und Reedereien, den Waffenhandel nach China unter allen Umständen zu unterlassen.

Heiß umstritten war die Frage des Cigarettenpreises. Jetzt ist sie bestens gelöst. Halbaus Rarität kostet bei gleicher Qualität nur noch



Halbaus Rarität

Wirtschaft

Weitere Entlastung der Reichsbank

Notendeckung wieder über 40 Prozent

Die Reichsbank hat in der dritten Augustwoche die 40prozentige Deckungsgrenze wieder erreicht. Die Deckung durch Gold und Deckungsdevisen wird mit 41,5 Prozent angegeben, gegen 39,7 Prozent in der Vorwoche.

Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen haben sich um 3,2 Millionen Mark auf 16,79,6 Mill. Mark verringert, wobei allerdings bemerkt wird, daß sich die Bestände der Bank an Auslandswchseln gleichzeitig um 15,1 Millionen Mark erhöhten. Im einzelnen haben die Goldbestände um 77 000 Mark auf 1365,9 Millionen Mark zugenommen, die Bestände an Deckungsdevisen um 3,3 Millionen Mark auf 312,8 Millionen abgenommen.

Der von der Reichsbank gewährte Kredit verringerte sich um 153,3 Millionen Mark auf 3153,6 Millionen Mark. Die Verringerung fällt durchweg auf die Abnahme bei den Beständen an Handelswechseln. Sie gingen um 152,5 Millionen Mark auf 2951,5 Millionen Mark zurück. Der Lombardkredit verringerte sich um 700 000 Mark auf 99,1 Millionen Mark.

Der Notenumlauf hat in weit größerem Umfang abgenommen, und zwar sind 193 Millionen Mark an Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen zurückgegeben. Damit senkte sich der Umlauf an Reichsbanknoten um 187,5 Millionen Mark auf 4049,8 Millionen Mark und der Umlauf an Rentenbankscheinen um 5,5 Millionen Mark auf 397,8 Millionen Mark.

Erhöhung des Brotpreises in Berlin

Folge Schiefescher Politik

Der Brotpreis, der in Berlin am 18. August von 50 auf 47 Pf. heruntergesetzt worden war, ist vom Zweckverband der Bäckermeister Groß-Berlins ab Montag wieder um einen Pfennig erhöht worden, so daß er jetzt 48 Pf. beträgt. Der Verband gibt als Grund für diese Maßnahme das Steigen der Mehlpreise an, wobei noch betont wird, daß die Bäckernotierungen für Mehl um 2 Mark hinter den tatsächlichen Preisen in den letzten Tagen zurückblieben.

Zuliflaute auf dem Maschinenmarkt

Der Verein Deutscher Maschinenbauanstalten teilt über die Geschäftsentwicklung im Monat Juli unter anderem folgendes mit:

„Die starke Krise auf dem Gebiet des Geld- und Kreditwesens machte sich im Maschinengeschäft besonders stark fühlbar. Die Inlands- und Auslandslieferung hielt mit Anfragen sehr stark zurück. Der schon vorher auf ein Minimum gesunkene Eingang von Inlandsaufträgen verharrte auf dem Tiefstand der Vormonate. Die im Juni festgestellte Zunahme der Auslandsaufträge setzte sich im Juli nicht weiter fort. Wenn nicht eine baldige Beruhigung der Lage und Besserung des Geschäftes eintritt, werden weitere zahlreiche Fabriken gezwungen sein, den Betrieb einzustellen. Der Gesamtbeschäftigungsgrad der Maschinenindustrie ging weiter von 43 auf 42,8 Prozent der Sollbeschäftigung zurück. Bei den in der Rundumtreibe des Herrn Reichsanwalters angekündigten organisatorischen Maßnahmen auf dem Gebiet des Geld- und Kreditwesens wird aus allgemein volkswirtschaftlichen Gründen vor allem auch eine ausreichende Berücksichtigung des Kreditbedürfnisses der mittleren und kleinen Unternehmungen gefordert werden müssen, die nicht nur in der gesamten deutschen Wirtschaft bei weitem überwiegen, sondern insbesondere in so wichtigen Produktionszweigen wie dem Maschinenbau fast 95 Prozent aller Betriebe ausmachen. Die nach dem Kriege eingetretene übermäßige Konzentration im Bankwesen hat, abgesehen von anderen Nachteilen, die gerade in der letzten Zeit zutage getreten sind, vielfach zu einer übermäßigen Bevorzugung des Realcredits gegenüber dem Personalcredit und zu einer nicht genügenden Berücksichtigung der kleinen und mittleren Betriebe bei der Kreditverfugung geführt.“

Baumwollanbauverbot für nächstes Jahr

Die Konferenz der Baumwolle anbauenden Staaten der nordamerikanischen Union nahm am Freitag offiziell den Antrag des Gouverneurs des Staates Texas an, wonach auf dem Wege der Gesetzgebung der Anbau von Baumwolle in den Südstaaten für das kommende Jahr verboten werden soll.

Als zweite Resolution wurde ein Antrag des Bundeslenators Caraway befürwortet, wonach das Farmboard 8 Millionen Ballen der diesjährigen Ernte kaufen soll zur Belohnung der Pflanzler, die sich dazu verpflichten, im nächsten Jahr keine Baumwolle anzubauen.

Die Erwerbslosenhilfe der Unternehmer

Der Reichsverband der Deutschen Industrie und die Arbeitgebervereinigungen haben ihre körperlich schwachen Mitglieder aufgefordert, mit möglichster Beschleunigung dafür zu sorgen, daß überall, wo ein Bedürfnis vorliegt, Volkshäuser zur Aufnahme von verhilfteter Bevölkerung eingerichtet werden.

Die einzelnen Verbände sollen sich dafür einsetzen, daß neben der Sammlung von Geldmitteln sich besonders geeignete Personen für ehrenamtliche Betätigung bei solchen Vorhaben auf der Seite zu schaffenden Einrichtungen zur Verfügung stellen.

Wir halten es für zweckmäßig, daß die von verschiedenen Seiten angeregten und zum Teil bereits unternommenen Aktionen nach einem einheitlichen Plan durchgeführt werden. Die Not ist eine Sache, die alle angeht und wo alle helfen können, gemeinsam und verträglich zusammenwirken müssen.

Die Volkshilfe mahnt

Ruhe und Besonnenheit haben die Einleger bei den gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Sparkassen und Bankvereinen bewiesen. Nach dem ersten Ansturm bewegte sich das Geschäft normalen Bahnen. Die von den Instituten abgegebenen Erklärungen haben ihre Wirkung nicht verfehlt. Auch hat die wirtschaftliche Erziehung und Denkmäße der Arbeiterklasse dazu beigetragen, die Sinnlosigkeit solcher Handlungsweise und die einseitigen Schäden davon zu erkennen. Nun haben leider auf der einen Seite und Leserinnen, die eine Versicherung bei der Volkshilfe abgeschlossen haben, die Prämienzahlung einseitig teilweise sogar die Kündigung der Versicherung beantragt. Diese Angstmaßnahme ist natürlich ebenso unklug und schädigend wie die übermäßigen Abhebungen bei Banken und Sparkassen. Um die Sicherheit der bei der Volkshilfe angelegten Kapitalien zu gewährleisten braucht niemand Befürchtungen zu hegen. Die Volkshilfe achtet über die gesetzlichen Bestimmungen hinaus eine ganz besondere sorgfältige und sichere Anlagepolitik. — Jeder muß bewußt sein, daß bei der Aufgabe der Lebensversicherung der leicht mit großen Mühen erworbene Versicherungsschutz erlischt was in vielen Familien, die bei jeder Mittel sind, zu großer Sorge führen kann. — Nachrückliche machen wir auch darauf aufmerksam, daß niemand den Abschluß einer Lebensversicherung bei der Volkshilfe hinausschieben sollte; auch die gegenwärtige Situation der Wirtschaft und auf dem Finanzmarkt rechtfertigt eine solche Auffassung nicht.

Die deutsche Kohlenabfuhrung wird für den Monat Juli mit 803 000 Tonnen angegeben gegenüber 779 000 Tonnen im Vormonat. Die arbeitstäglige Gewinnung liegt damit um fast 210 Tonnen niedriger als im Monat Juni. Die Produktion im August machte 569 000 Tonnen aus (Vormonat 575 000 Tonnen), die arbeitstäglige Produktion um 822 Tonnen niedriger als im Vormonat.

Liebig-Theater
Täglich 8 1/2
Letzte Woche Gastspiel
Paul Beckers Varieté-Parleske
Das große Los 3 Akte mit Varieté-Teil
Kapellmstr. Goldwitz
Tel. 50834

Circus Busch
Schar-Arena / Rai 29135
Heute ringen 5 Paare:
Bachstein - Reiber
Pogorzala-Grünzeisen
Entscheidung:
Olsowski-Saliman
Raltch - Kley
Greenovic - Szbradial
Eintr. 30 Pl. b. 2.00 Loge

AKAZAR
NEUE TASCHENSTR. 31
und
BROADWAY
GARTENSTR. 65
VERGNÜGLINGS-VARIÉTÉ-TANZ-PALASTE.

Speisezimmer
echt Eiche mit Nußbaum
vollständig komplett
685 RM.
S. Brandt & Co.
Gartenstr. 65, I. (Broadway)
Buchholz, Volkswacht
Modernes Antiquariat
Kreuz 1, Ecke Gartenstraße 5

Fernsprecher 21737 u. 21739
Gediegene und zweckmäßige Ausführung aller Drucksachen preiswert in kürzester Lieferzeit
Druckerei
VOLKSWACHT
BRESLAU 2 - Flurstraße Nr. 4/6

Lebensbilder
— erzählt von Willy Cobb —
Wilhelm Liebknecht
Mit 1 Bildnis
Volkswacht-Buchhandlung

Zirka
800 Kleider
stellen wir ohne Rücksicht auf die Einkaufspreise zu folgenden spottbilligen
Serien-Preisen in den Verkauf!
Serie I Wert bis 2.95 Ausnahme-Preis! **0.95**
Serie II Wert bis 4.90 Ausnahme-Preis! **2.25**
Serie III Wert bis 5.50 Ausnahme-Preis! **2.85**
Serie IV Wert bis 7.90 Ausnahme-Preis! **3.95**
Serie V Wert bis 8.90 Ausnahme-Preis! **4.75**
Nützen Sie diese nicht alltägliche Einkaufsgelegenheit!
Zahlungserleichterung durch die Kunden-Kredit G. m. b. H., Gartenstraße 67 (Capitol)
SAXONIA
Vollwarenhäuser Falk & Posener
Ohlauer Straße 60/61 (am Christophoriplatz)

WAPPENHOF
Heute Mittwoch ab 4 Uhr
Das gr. Varieté-Programm
Nur noch bis einschl. 31. August:
3 Warelis / Georg Ackermann / Doris Sagitta / Maria und Susette / Fritz Tschannor / Ely Ardelt / William Petras / Jonny / 3 Maros / Wappenhofwoche: Neuestes aus aller Welt
Ab 8 Uhr: Abend-Vorstellung u. Ball Kapellen
Eintritt: Nachmittags 30 Pl., abends 50 Pl.

Der Kreisalender
des Kreises Neumarkt (Schlesien)
Jahrgang 1932, ein echtes Heimatbuch, 136 Seiten stark, reich illustriert, ist soeben erschienen und zu Preise von 50 Pf. vom Heimatverlag Karl Groß Nachfolger, Neumarkt i. Schlef., zu beziehen.

Ein Irrtum
ist es, wenn Sie annehmen, die kleine Anzeile habe nur in d. bürgerlichen oder sogenannten General-Anzeiger-Pressen Erfolg.
257 Offerten gingen im April 1931 auf eine kleine Anzeile
In der Volkswacht ein. Deshalb inserieren auch Sie in der Volkswacht. Es ist **Ihr Vorteil!**
Zurückgekehrt
Dr. Schacht
Zahnarzt
Königsplatz 3 b.
Wohnungen
Logis
für Fräulein per bald später zu vermieten.
Waldschützke, Zietenstr.
Arbeitsmarkt
Kontoristin
sucht per bald Anfangsstellung
Handelslehre befreit.
Offerten unter B. 97 an die Geschäftsstelle d. Zig., Flurstr.

Der Baumarkt

BAUHÜTTE BRESLAU

GEMEINWIRTSCHAFTLICHES GROSSBAUUNTERNEHMEN

WALTER ELLERMANN
Ingenieur-Büro
BRESLAU 23, Steinstraße 121 b
Elektrische Licht- u. Kraftanlagen
Fernsprecher 397-88

Albert Kirchmann
Bauglaserie und Bildschneiderei
BRESLAU 5 / Vorwerkstraße 46
Tel. Nr. 55264 / Postschack 27283

Marmor Kunststein Terrazzo Steinholz
David & Schubert
Breslau 10 / Fernruf 43344
Telegramm-Adresse: Daschu

Schindler & Co.
Hoch- und Tiefbau
Breslau 5, Tel. 26808

Buchdruckerei Volkswacht
liefert moderne Drucksachen
Breslau 2, Flurstr. 4/6, Tel. 21737 u. 21739

Paul Handke Maurermeister
Hoch- u. Tiefbau
Inhaber: Oppelt & Markuske
Gegr. 1887 - Breslau I, Vorwerkstr. 44 - Tel. 57098
Maurer- u. Zimmereibetrieb, Wohnungsbau
Gutachten, Entwurfsarbeiten, Bauberatung

Breslauer Nachrichten

Verberung nach einer außerordentlichen Stadtverordnetenversammlung

Die Not der Breslauer Bevölkerung und die Finanzlage der Stadt waren gestern Abend Gegenstand einer Besprechung der demokratischen Stadtverordnetenfraktion. Die Fraktion beschloß für Donnerstag, den 2. September, die Einberufung einer außerordentlichen Stadtverordnetenversammlung zu beantragen, in der folgende Anträge zur Beratung kommen sollen:

Wie hat sich die Finanzlage der Stadt Breslau in den letzten Jahren gestaltet?

Was gebietet der Magistrat zu tun, um die Schwierigkeiten, denen sich die Stadt zurzeit befindet, zu überwinden?

Wie gebietet er insbesondere der dauernd steigenden Not der bedürftigsten Bevölkerungsschichten zu begegnen?

Englischer Besuch zur rechten Zeit

Montag, den 31. August, 20 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus die große internationale Kundgebung statt, deren Sprecher Herr Fenner Brockway, der Führer der unabhängigen Arbeiterpartei Englands ist.

Es ist zu begrüßen, daß gerade in diesem Augenblicke Fenner Brockway bei uns reden kann. Die Wirtschaftslage hat auch in England zu den politischen Erschütterungen geführt, die wir aus der deutschen Politik kennen. Die Verbundenheit der politischen Entwicklung aller Länder, die Regierbarkeit der Haltung der proletarischen Parteien aller Länder untereinander wird daraus deutlich. Daher ist es besonders wichtig, den berufenen Führer des englischen Proletariats zu hören.

Pharisäermoral

Die „Schlesische Tagespost“ berichtet mit Vergnügen, daß in Breslau ein sozialdemokratischer Stadtverordneter wegen Veruntreuung von 8800 Mark zu einem Jahr zwei Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Er habe jede Schuld bestritten, Gericht habe aber festgestellt, daß er von der Partei ein Gehalt von 600 Mark monatlich bezog und stets über seine Verhältnisse gelebt habe.

Wenn ein Angestellter unserer Partei Geld unterschlägt, ist ihm keine Strafe zu hoch, die ein Gericht über ihn verhängt. Dies ist ohne nähere Prüfung des Falles gesagt, denn der Angeklagte seine Schuld bestritten hat, kann er noch einlegen. Doch die „Tagespost“ hängt ihrem Bericht die Bemerkung an: „Wie würden sich die sozialdemokratischen Pharisäer plündern, wäre dieser schimpfliche Vorfall in der deutschen Partei passiert.“

Als wenn so etwas bei den Deutschnationalen überhaupt vorkäme. Dabei melden die Telegraphenbüros tagtäglich ähnliche Fälle, die Rechtskreise betreffen, die freilich die Parteigehörigkeit meist verschweigen wird. Weil jeder Tag neue Skandale im Lager der Deutschnationalen bringt, muß sich die sozialdemokratische Presse mit der bloßen Registrierung begnügen und kann sich bei den Fällen über den Einzelfall gar nicht besonders aufplustern. Dies bringt nur die „Tagespost“ fertig, wenn sie den seltsamen einer Veruntreuung aus unseren Reihen behandeln und sich ausschmücken kann.

Warnung vor einem Betrüger

Für das Lokal „Zum Elyrium“, Morgenauer Straße 5/6, hat Herr Werner die Konzession. Werner ist nur der vorgeschobene Mann des in Breslau bekannten und überbelebenden Bert Gillmeister, der früher die Villa Jedlich bewirtschaftete. Die sich dort früher abspielenden Vorgänge sind jedem Breslauer bekannt. Gillmeister sucht für seine Unternehmungen Mittel, die dumm genug sind, ihm eine größere Kautionsleistung zu stellen, um die die Angestellten dann betrogen werden.

Die bei ihm beschäftigten Angestellten, die ihm die Kautionsleistung haben, erhalten dann monatelang kein Gehalt. Erfolgreiche Klagen beim Arbeitsgericht sind für den Obfliegenden völlig nutzlos, da jede Forderung fruchtlos verläuft. Wegen der zahlreichen Gillmeister durchgeführten Forderungen erhebt dann die bei ihm beschäftigte Buchhalterin Einspruch mit der Begründung, daß die betreffenden Sachen ihr gehören. In dieser Form werden auch die Gläubiger um ihre Forderungen betrogen. Gillmeister hat zu dem Zweck, die Welt betrügen zu können, ein Konsortium gegründet, denn es nicht anzunehmen, daß Werner und Buchhalterin Maria Müller von den Mandatären nichts erfahren.

Diese Dinge sind dem Polizeipräsidenten, Abteilung IV, und dem Polizeikommissar Tschenecker bekannt. Warum wird hier nicht schon längst zugriffen und Gillmeister das Handwerk gelegt? Man verachtet man sich hinter Formalitäten von Gelehrten und dem Gillmeister Gelegenheit, weiter seine Opfer unter dem Vorwand zu suchen, um denen die letzten Notpfennige abzulöcheren?

Zentralverband der Hotels, Restaurant- und Caféangestellten Zweigverein Breslau.

Wieder ein Todesopfer

Der in einer der letzten Nächte mit einer Kraftdreifachmaschine auf der Matthesstraße und Reihgasse zusammengefahrenen Motorwagenführer Erich Schneider aus der Außenstraße ist gestern im Heiligen-Hospital gestorben. Er hatte Kopfverletzungen, einen Oberschenkel- und einen Beckenbruch erlitten.

Mißglückter Abprung

Vor dem Christophorplatz sprang gestern Abend der Arbeiter Bertram R. aus der Polener Straße trotz der Warnung des Schaffners aus einem vom Ringe kommenden Omnibus aus der Linie 1. Er stürzte und schlug so unglücklich auf den Kopf auf das Pflaster, daß er mit schweren Verletzungen in die Unfallstation geschafft werden mußte.

„Hitler ist eine Karikatur Mussolinis“

Aber die Breslauer nazistischen Studenten vermitteln Stipendien für deutsche Italien-Studierende!

Zum ersten Male hört man von der praktischen Tätigkeit des sogenannten „Auslandsamtes“ in der Breslauer Freien Studentenschaft. Es war langsam bekannt, daß die pompösen „Nemter“ der einseitig nationalsozialistisch orientierten Breslauer Freien Studentenschaft bisher keinem edleren Zwecke dienten, als einigen geltungslüchtigen Schüchternlingen aus Hitlers Rekruten ein Vongengefühl aufzutastieren. Allerdings gingen schon seit einiger Zeit in studentischen Kreisen Gerüchte herum, daß die Herren des Auslandsamtes sich darauf konzentrierten, mit mehr oder weniger harmloser Geistesverbildungen mit den faschistisch registrierten Ländern, besonders mit Italien, anzuknüpfen. Es ist bemerkenswert, daß diese Bemühungen, die unter dem Deckmantel der Stärkung des Deutschtums im Ausland starteten, eine verzweifelte Nehtschheit mit dem hatten, was gerade in diesen Kreisen mit dem schönen Dekorationsnamen „vaterländischer Hochverrat“ bezeichnet und bestraft zu werden pflegte.

Diese dunklen Gerüchte scheinen nunmehr überraschend Tatsache geworden zu sein. Denn eben erscheinen in den rechtsgerichteten Blättern Breslaus Mitteilungen von eben diesem „Auslandsamt“, nach denen für Breslauer Studierende, die in Italien studieren wollen, Stipendien durch die Vermittlung der Breslauer Freien Studentenschaft bereit stehen. Ausgerechnet Stipendien für Italien! Wir wissen nicht, woher den Herren Greiner und Genossen diese Weisheit zugeht. Wir wissen nicht, ob diese mystischen Vergünstigungen auf das persönliche Einvernehmen des ersten Vorsitzenden dieser nazistischen Wissenschaftsschädlinge, des Herrn Walbur von Schirach zurückzuführen sind. Aber wir wissen, daß sie mit dieser Publikation nicht nur in unseren Augen — denn da war kaum noch etwas zu verlieren — aber in den Augen aller anständig denkenden Menschen zu politischen Clowns dritten Ranges herabgesunken sind, die die kindische Unverfrorenheit besitzen, sich Führerstellungen im deutschen Volk anmaßen zu wollen. Diese Herren, die ständig Tiraden loslassen über die „wenig nationalen Deutschen, die ins Ausland ziehen“, verstecken sich hinter dem Rücken faustlicher Organisationen Beziehungen zu einem Lande zu verschaffen, das Deutschland Südtirols beraubt und die aufrechten Menschen seines eigenen Landes aller Rechte verlustig gemacht hat. Sie erleichtern jungen Deutschen die Reise in ein Land, das in brutalster Weise alle menschlichen Fortschritte der persönlichen Freiheit vernichtet hat. Sie sind es, die Landesverrat treiben, denn sie gehen nicht in das Land, weil sie den italienischen Menschen ebenso wie den deutschen lieben, sondern weil sie dort Anschauungsmaterial sammeln wollen für eine gleiche brutale Vergewaltigung dieses unseres deutschen Vaterlandes. Sie sind die winselnden Affen eines Diktators, der ihre Witzigkeit und Kleinheit verachtet.

Es wäre angemessen, wenn man diesen Jungens erst einmal das eben erschienene Buch eines führenden Faschisten, Curcio Malaparte, in die Finger gäbe. Dieser Faschist, der Deutschland bereist und eine Reihe von nationalsozialistischen Führern gesprochen hat, hat in seinem Buch („Coup d'Etat“) den deutschen Hitlermarionetten ein herrliches Zeugnis ausgestellt: „Hitler ist nur eine Karikatur Mussolinis. Seine Idealgestalt ist ein Julius Cäsar im Tiroler Kostüm. Man ist erstaunt, zu sehen, daß das Klima des Deutschland von Weimar so günstig einer Karikatur von Mussolini ist, über die das italienische Volk nur lacht.“ Und an einer anderen Stelle: „Im Schoße der Nationalsozialistischen Partei werden die Freiheit, das Gewissen, das Gefühl für persönliche Würde, die Intelligenz, die Kultur mit demselben stupiden und brutalen Haß verfolgt, der die Diktatoren dritten Ranges auszeichnet.“

Ist es des deutschen Volkes würdig, daß sich eine Partei, die sich von ihren führenden italienischen Vorbildern ein so vernichtendes Urteil einstecken muß, über der Vernunft und dem Verstand so breit machen kann? Die Breslauer Freie Studentenschaft, die mit dieser Spitzelvermittlung der nationalen und menschlichen Verwahrlosung gefährlichste Vorparandienste leistet, scheint sämtlich aus Versehen das Zeugnis der Reise bekommen zu haben!

Diebstahl auf einen Geldbriefträger

Wie wir kurz vor Redaktionsschluss erfahren, ist heute früh gegen 9 Uhr im Hause Auguststraße 180 ein Raubüberfall auf einen Geldbriefträger des Postamtes 23 verübt worden, der ähnlich vorbereitet gewesen zu sein scheint, wie in Berlin. Im Hinterhause hatten sich vor zwei Tagen zwei jüngere Männer bei einer 61-jährigen Postkassiererswitwe eingemietet, ohne sich bisher polizeilich angemeldet zu haben. Heute früh sollten die zwei eine Geldsendung zugestellt erhalten. Als der Geldbriefträger die Wohnung betrat, wurde er angefaßt und mit einem Hammer niedergeschlagen. Soweit noch zu erfahren war, soll der überfallene Geldbriefträger nicht schwer verletzt worden sein. Die beiden Räuber sind geflüchtet und konnten auch ungehindert entkommen, da sie sofort verschwanden, als der Überfallene um Hilfe rief. Dadurch soll auch nichts geraubt worden sein.

Ein Rechtsanwalt verschwunden

Zum Verschwinden des Breslauer Rechtsanwalts Stillschweig wird von der Justiz-Pressestelle folgendes mitgeteilt: Der Rechtsanwalt Stillschweig flüchtig ist, kann im gegenwärtigen Augenblick mit Bestimmtheit noch nicht gesagt werden. Es schweben zwar gegen ihn seit einiger Zeit Ermittlungen in einer Strafsache bezüglich des Verdachts der Unterschlagung und der Beihilfe zu einem Konkursvergehen. Die in dieser Ermittlungssache in letzter Zeit gewonnenen Ergebnisse sind jedoch nicht derart, daß man das Verschwinden des Rechtsanwalts St. in unmittelbarem Zusammenhang mit diesen Beschuldigungen bringen kann. Vielmehr besteht Grund zur Annahme, daß das Verschwinden auf zerrüttete Vermögensverhältnisse zurückzuführen ist. In dieser Angelegenheit ist auf Veranlassung der Anwaltskammer bereits seit Anfang dieses Jahres ein Disziplinarverfahren gegen St. anhängig.

Einbruch bei der NSD.

Am Abend des 19. August wurde ein Einbruchdiebstahl in die Geschäftsstelle der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition in der Kirchstraße verübt. Man entwendete eine Kassetten enthaltend 58 Mark, zwei Postschloßs und einige Kassenschnittungen, im Gesamtwerte von 75 Mark. Als Täter wurde am 22. August der 23-jährige Journalist Hans Lubinski, wohnhaft in Breslau, Schwertstraße, festgenommen. Er gibt den Einbruch zu und will das Geld verbraucht und die Kassetten in die Ober geworfen haben. Er wurde inzwischen dem Amtsgericht zugeführt. Er hat sich bereits vor einiger Zeit und rechtlicher Weise als Berichterstatter der „Volkswacht“ ausgegeben.

Nachwehen des Stahlhelmtages

Wegen der kommunistischen Ausschreitungen am Stahlhelmtage wird demnächst ein großer Landfriedensbruchprozess in Breslau steigen, in dem gegen 25 Angeklagte verhandelt werden wird. Es handelt sich dabei um 21 Kommunisten und 4 andere Personen, darunter das Gastwirtschepaar Overlich von der Ottostraße wegen Begünstigung des Landfriedensbruchs. Der umfangreiche Prozess soll am 21. September beginnen und wird voraussichtlich acht bis zehn Tage dauern.

Wegen der Ermordung des Stahlhelmmannes Müller schwebt die Voruntersuchung gegen den Kommunisten Heida und drei weitere Personen wegen Begünstigung.

Auf nach Nimpsch

Karten in beschränkter Anzahl sind noch zum Preise von 1,20 Mark im Parteibüro, Margaretenstraße 17, Gartenhaus III, Zimmer 170, zu haben. Abfahrt der Autos:

- 6,00 Uhr Leffingstraße, vor der NSD.,
- 6,30 Uhr Welkenburger Platz,
- 6,35 Uhr Wäldchen, Ecke Kohlenstraße,
- 6,40 Uhr Königsplatz, Stadtgraben,
- 6,45 Uhr Reich, Ecke Gräbnerer Straße,
- 6,55 Uhr Opperau.

Im Interesse einer schnellen Abwicklung wird pünktlich abgefahren.

Im Flugzeug zur Leipziger Herbstmesse

In der Zeit vom 30. August bis 3. September findet in Leipzig die diesjährige Herbstmesse statt.

Da von Breslau nach dieser Stadt gute und schnelle Luftverkehrsverbindungen bestehen, sei an dieser Stelle nochmals besonders auf diesen Verkehr hingewiesen. Auf den nach Leipzig führenden Straßen sind moderne Verkehrsmaschinen der Deutschen Luftfluggesellschaft eingeleitet, welche ab Breslau nach folgenden Flugzeiten verkehren:

bis 31. August:					
13,25	9,15	ab Breslau	an	18,40	13,35
14,35		an Görlitz	ab		12,25
14,50		ab Görlitz	an		12,10
16,15	11,45	an Halle/Leipzig	ab	16,20	10,45
		ab 1. September:			
11,00	7,55	ab Breslau	an	16,25	15,00
12,10		an Görlitz	ab		13,50
12,25		ab Görlitz	an		13,35
13,50	10,25	an Halle/Leipzig	ab	14,05	12,10

Die Flugpreise entsprechen den Eisenbahnfahrpreisen zweiter Klasse D-Zug.

Außerdem wird den Besuchern der Leipziger Herbstmesse, die sich durch einen offiziellen Messeausweis legitimieren können, eine Ermäßigung von 10 Prozent für Reisen von und nach Halle/Leipzig gewährt, selbst wenn der Flug Halle/Leipzig nicht als Endziel hat. Diese Vergünstigung gilt in Richtung nach Halle/Leipzig für die Zeit vom 24. August bis 3. September einschließlich und ab Halle/Leipzig für die Zeit vom 30. August bis 9. September einschließlich.

Bei gleichzeitiger Lösung des Hin- und Rückflugtickets wird auf den ermäßigten Preis des Rückflugtickets eine weitere Ermäßigung von 10 Prozent eingeräumt.

Anmeldung zur Schule

Zu Ostern werden alle Kinder schulpflichtig, die bis zum 30. Juni 1932 6 Jahre alt werden. Kinder, die in der Zeit vom 1. Juli bis 30. September das 6. Lebensjahr vollenden, können aufgenommen werden, wenn sie körperlich und geistig genügend entwickelt sind. Die Kinder sind bis Ende September unter Vorlegung der Geburtsurkunde, die aber nur in bestimmten in der Schule zu erfragenden Fällen notwendig ist, sowie des Tauf- und Impfheftes beim Rektor der zuständigen Schule anzumelden.

Kinder, die noch nicht schulpflichtig sind, kann die Schuldeputation auf ein Jahr zurückstellen. Für solche Kinder sind Schulkinder-gärten eingerichtet.

Taubstumme und blinde Kinder, die bis zum 31. März 1932 das 4. Lebensjahr vollendet haben, und sich nicht in einer Anstalt befinden, sind im Büro IV, An der Magdalenenstraße 10, 4. Stock, Zimmer 33, anzumelden.

Eltern, die ihre Kinder nicht rechtzeitig einschulen lassen, machen sich strafbar.

Alle fortschrittlich gestandenen Eltern melden ihre Kinder zur weltlichen Schule an.

Bergebung der Spiel- und Sportplätze

Für die Zeit vom 1. Oktober 1931 bis 31. März 1932 werden die in der Verwaltung des Stadtamtes für Leibesübungen befindlichen Spiel- und Sportplätze von neuem an Schulen und Vereine vergeben.

Anträge der Vereine und der nichtstädtischen Schulen auf Zuweisung von städtischen Spiel- und Sportanlagen sind unter Benützung der vorgeschriebenen Antragsordrücke bis spätestens Sonntag, den 5. September an das Stadtamt für Leibesübungen — für die Stadionanlagen an die Stadionverwaltung — unmittelfach — zu richten.

Es wird darauf hingewiesen, daß auch diejenigen Vereine und nichtstädtischen Schulen, die während der Sommerzeit Spiel- und Sportplätze zur Benützung zugeteilt erhalten hatten, neue Anträge stellen müssen.

Die Antragsordrücke können im Stadtamt für Leibesübungen, Büttnerstraße 8, I., Zimmer 6 oder in der Stadion-

Montag, den 31. August: Internationale Kundgebung

— Vorher Kranzniederlegung am Grab Ferdinand Lassalle

— Fenner Brockway aus England spricht im Gewerkschaftshaus

Verwaltung kostenlos abgeholt werden, was auch über die Spielweisen Auskunft gegeben wird.

Anteile auf Verweisung des künftigen Sportlektors oder der Sportlehrer sind unmittelbar an die Stadtverwaltung zu richten.

Land in Sonne

So nennen die Schrebergärtner ihr Stückchen Land, um das sie ringen müssen, das ihnen als erweiterte Wohnung dient und viel zu ihrem behaglichen Glück beiträgt. Und außerdem, daß dieses „Land in Sonne“ nicht — wie vielfach fälschlich angenommen — in erster Linie wirtschaftlichen, sondern kulturellen und sozialen Zwecken dient, soll der Werbetag am kommenden Sonntag dienen.

Breslauer Bürger sind eingeladen, die Schrebergärtner am diesem Tage zu besuchen. Nicht nur freundliche Menschen, sondern auch die Kinder Floras, von Schrebergärtnern gespendet, werden sie überaus empfangen.

Zum Kapitel: Die Arbeitslosen wollen nicht arbeiten!

Die mechanische Schnellbahnstation „Wlodek“, die in verschiedenen Stadtteilen ihre Filialen unterhält, sucht für ihre Werkstatt Friedrich-Karl-Straße 30 in den „Breslauer Neuesten Nachrichten“ einen Arbeitsburschen für den Lohn von wöchentlich 12 Mark. Heute morgen vor 7 Uhr waren schon die ersten da. Und als um 8 Uhr das Geschäft eröffnet wurde, waren an die 300 jungen Leute erschienen, die sich um die Stellung bewarben.

Ein kleiner Borgeckmad dessen, was uns der kommende Winter bringen wird.

Hände weg von der Sammelschule

Älternversammlung gegen die beschlossene Einweisung von Jungleuten

Für Montag Abend hatte die freie Elternvereinigung mittels Handzettel die Elternschaft der Breslauer Sammelschulen zu einer Versammlung nach dem großen Saal des Gewerkschaftshauses eingeladen. Weit über 2000 Eltern waren erschienen.

Neben dem Bericht zum jährlichen Ergebnis der Versammlung sind noch einige Bemerkungen notwendig, die sich auf die Diskussion beziehen.

Dafür wurden die kommunikativen Gemeinheiten von der Mehrheit der Versammlung nur unter Widerspruch aufgenommen.

Das für Montag Abend hatte die freie Elternvereinigung mittels Handzettel die Elternschaft der Breslauer Sammelschulen zu einer Versammlung nach dem großen Saal des Gewerkschaftshauses eingeladen.

Ringskämpfe im Polen Saal

Man war gespannt, wie sich am Dienstag-Kampftag der technisch gute Hamburger Stromer im Entscheidungskampf gegen den Polen Oroszky halten würde.

Am heutigen Mittwoch ringen: Kuffel (Dopp) gegen Heiber (München), Kogers (Doppel) gegen E. Inchen (Schweiz); Entscheidungskampf Oroszky (Polen) gegen Suliman (Türke); erster Belth (Sofia) gegen Kley (Berlin), Garmowice (Serbien) gegen Sorabini (Stalien).

Richtung des Dittels Dittl

Gegen die Herrschaft der Minderwertigen, der Unfähigen, der Unwürdigen, wie es in einem von der Reaktion produzierten Flugblatt hieß, haben sich durch Beteiligung am Volksentscheid folgende Dittler beteiligt:

Da von 1861 Stimmberechtigten und bei 207 Ja-Stimmen nur 4 mit Nein stimmten und nur 5 ungültig waren, ist nicht anzunehmen, daß von den oben angeführten Gewerkschaften auch nur einer nicht mit Ja gestimmt hat.

Gewerkschaftsfahrt nach Rimpfisch

Die Teilnehmerzettel sind seit einigen Tagen in den Händen der Gewerkschaften. Die Abfahrt der Züge erfolgt Sonntag vormittags 7 Uhr vom Gewerkschaftshaus.

Der 2. Hauptgewinn der Großen roten Kreuz-Lotterie der am Sonnabend, den 22. August, bei der Lotterielotterie Zucht, Breslau 5, am Tauentzienplatz, gezogen wurde, fiel auf die Nummer 115 140.

Advertisement for 'Weiter sparen' (Saving more) from the 'Städtischen Sparkasse zu Breslau'. It features an illustration of a family and the slogan 'Nicht abheben! Niemand ist dem Geld tiefer aufgehoben als bei Deiner Städtischen Sparkasse zu Breslau'.

Eingefandt Die Beamten beim Volksentscheid

Zufällig fiel mir eine Ausgabe der „Breslauer Neuesten Nachrichten“ vom 10. August in die Hand mit dem Artikel über den Ausgang des Volksentscheids „Die Lehre“. Heißt es doch darin wörtlich:

„Dagegen war die von der preußischen Regierung und den Sozialdemokratischen Parteien ausgehende Gegenmeinung ebenso stark, noch härter vielleicht aber der indirekt ausgeübte Druck auf die Wähler.“

Die Beamten sind durch die Gehaltsabzüge erbittert. Die meisten Beamten, die nur an sich denken und materielle Vorteile verfolgen, können es nicht fassen, daß auch in Zeiten der Not der Beamte Opfer bringen muß.

Unter der Beamtenschaft war die Ansicht verbreitet, daß der Volksentscheid mit einer großen Stimmenmehrheit durchgeführt werde und daß bei einer darauf folgenden Wahl die Sozialdemokraten sich nicht gewählt hätten.

Es wäre nur zu wünschen, daß die Regierung einmal mit feiter Hand durchgreift. So kann es nicht weiter gehen, daß in den Reihen der Beamtenschaft eine große Hebe gegen Republik und Regierung getrieben wird.

Advertisement for 'Arbeiter-Sport' (Workers' Sports) from the 'Arbeiter-Club und Kraftsportverein Breslau'. It lists various sports events like football, basketball, and tennis.

Advertisement for 'Sozialdemokratische Partei' (Social Democratic Party) featuring various social events, meetings, and lottery results.

Advertisement for 'Arbeitsgemeinschaft junger Sozialisten' (Working Community of Young Socialists) with details about group activities and meetings.

Advertisement for 'Freidenkergesellschaft' (Free Thinkers Society) with information about their meetings and discussions.

Advertisement for 'Bund der Arbeiterkinderfreunde' (League of Workers' Children's Friends) with details about their activities.

Advertisement for 'Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold' (Imperial Banner Black-Red-Gold) with information about their meetings.

Advertisement for 'Konzerte / Theater / Vergnügungen' (Concerts / Theater / Amusements) listing various cultural events and performances.

Advertisement for 'Geschäftliches' (Business) with information about various commercial services and advertisements.

Advertisement for 'Künstlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Strick' (Artificial Weather Report of the Meteorological Observatory Breslau-Strick).

Advertisement for 'Daffektand' (Daffektand) with a list of numbers and corresponding values, likely a lottery or game.

Unterschlagung bei der Hilfskasse gemeinnütziger Wohlfahrtsanstalten

Zu Zusammenhang mit den Enthüllungen über die Zustände im Desaveim-Konzern berichtet eine Berliner Korrespondenz über eine zurückliegende Angelegenheit, die die Hilfskasse gemeinnütziger Wohlfahrtsanstalten, durch die die öffentlichen Wohlfahrtsgebäude verteilt werden, betrifft. Es handelt sich um eine vor zwei Jahren bei dieser Hilfskasse begangene Unterschlagung des Hauptbuchhalters Klarholz. Klarholz hatte, wie sich bei einer Revision ergab, im Laufe seiner Tätigkeit bei der Hilfskasse rund 480 000 Mark unterschlagen. Diese Veruntreuung, die sich vor zwei Jahren ereignete, war nicht zum Gegenstand einer Strafanzeige gemacht worden, weil, wie seitens der Hilfskasse erklärt wird, nicht die geringste Möglichkeit bestand, auch nur einen Pfennig des veruntreuten Geldes zu retten, und weiter, um einen öffentlichen Skandal zu vermeiden. Klarholz wurde strafflos entlassen, ging dann ins Ausland und wurde nach seiner Rückkehr wegen einer anderen Straftat zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Der Zusammenhang zwischen dieser Affäre und dem Desaveim-Skandal liegt nun darin, daß Generaldirektor Zeppel behauptet, er habe dem betrügerischen Hauptbuchhalter später Schweigegelder in Höhe von 26 000 Mark zahlen müssen, damit dieser seine Drohungen, Enthüllungen über die Zustände bei der Hilfskasse zu bringen, nicht wahr mache. Von Seiten der zuständigen Persönlichkeiten der Hilfskasse ist Zeppel zu einem solchen Vorgehen in keiner Weise veranlaßt worden. Die Berliner Staatsanwaltschaft, der die Angelegenheit bei der Hilfskasse erst jetzt zu Ohren gekommen ist, prüft augenblicklich diese Dinge an Hand von Büchern der Hilfskasse nach.

Neue Kernst-Erfindung

Am Dienstag nachmittag wurde in Berlin einem Kreis von Pressevertretern eine neue Musikinstrument-Konstruktion, deren endgültiger Name noch nicht feststeht, vorgestellt. Der Besheim-Siemens-Kernst-Flügel, eine neuartige Kombination von Flügel, Radio und Grammophon, die von der Firma Besheim mit Unterstützung einiger Ingenieure der Firma Siemens unter Anleitung des Physikers Professor Kernst hergestellt worden ist. Die Spezialität des neuen Instrumentes ist zunächst die Vereinigung von Klavier, Radio und Sprechmaschine. Außerlich ähnelt das 1,40 Meter lange Instrument dem üblichen Klavier Flügel. Zur Zusammenfassung mit ihm steht ein Lautsprecher, der den elektrisch verstärkten Ton wiedergibt. Der Ton wird nicht, wie das bisher üblich, durch den Resonanzboden erzeugt, sondern auf elektrischem Wege. Die Saiten werden durch Mikrofonmagneten in Schwingungen versetzt; je fünf Saiten vereinigen sich unter einem elektromagnetischen Mikrophon, wodurch die Schwingungen elektrifiziert und dem Verstärker zugeleitet werden. Durch das kleine Pedal kann die Tonstärke vom zartesten bis auf einem modernen Instrument nicht herstellbaren Spinett bis zum vollen Härten Koncertflügelton geregelt werden.

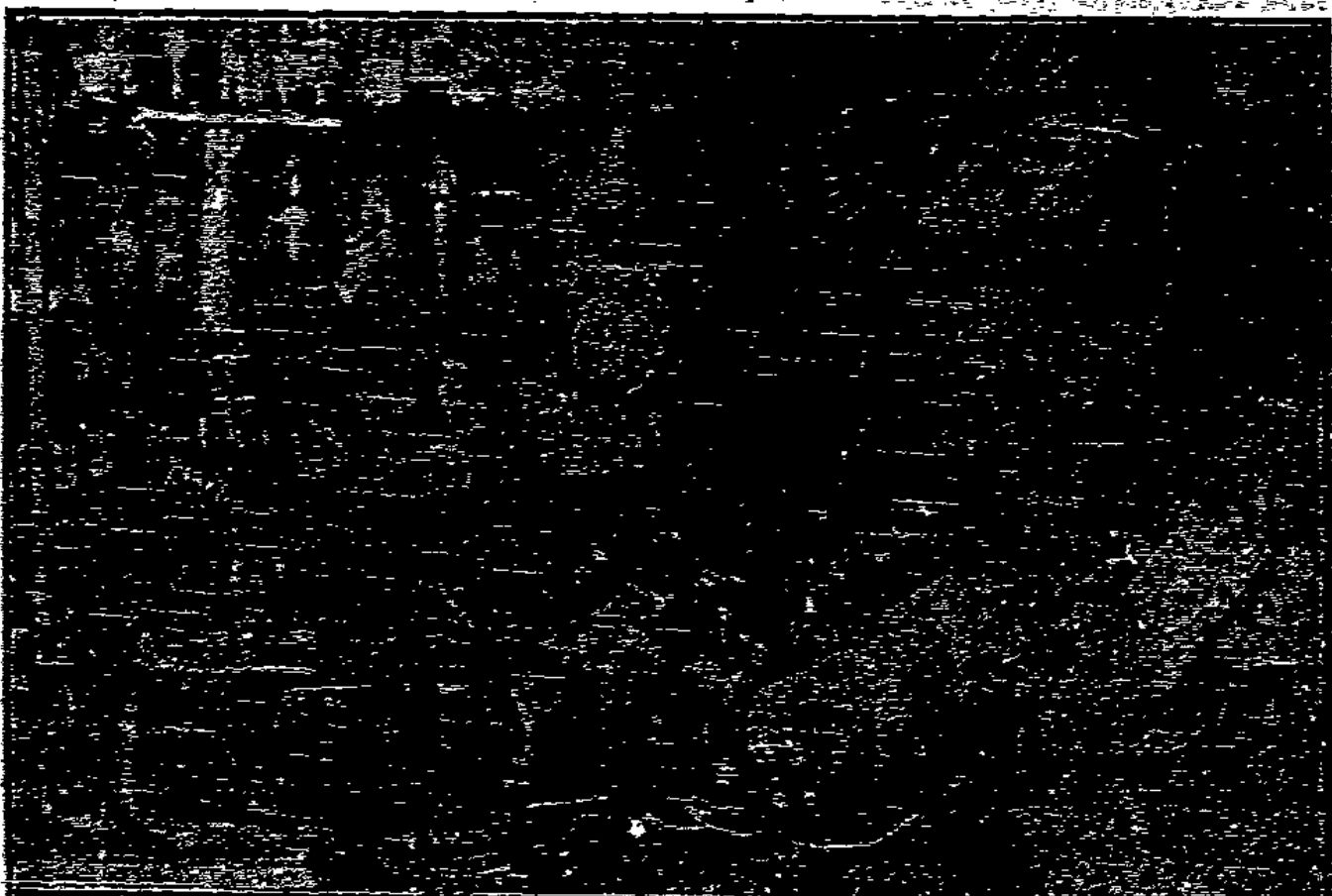
Professor Kernst führte in einigen einleitenden Worten u. a. aus: jeder kann genau die Musik haben, die er sich wünscht. Die Schwingungsdauer des Tones ist dreimal so lang wie beim Flügel alter Konstruktion. In den Elektroflügel selbst ist ein Radioempfangsapparat eingebaut; außerdem befindet sich im Lautsprecher ein mit elektromagnetischem Tonabnehmer versehenes elektrisches Plattenlaufwerk. Die einzelnen Teile können durch entsprechende Schaltung in Betrieb gesetzt werden.

Es war ein eigenartiger Moment, als das Instrument sich durch eine den Zuhörern unsichtbare Platte selbstsprechend vorstellte: Hiermit stelle ich mich Ihnen vor: Mein Vater ist der Physiker Wilhelm Kernst... Das Instrument, das billiger als die alten Flügel sein soll, kann an jedes Stromnetz angeschlossen werden. Bei den praktischen Vorführungen — unter anderem wurde Bach gespielt — ergaben sich wunderbare Klangwirkungen. Es ist denkbar, daß durch das neue Kombinations-Instrument nicht nur die Pflege der Hausmusik kräftig unterstützt werden wird, sondern daß sich auch Kaffeehäuser und Kinos seiner zahlreichen künstlerischen Möglichkeiten bedienen werden.

50 000 Mark-Gewinn

Auf das Los Nr. 285 877 wurden in der Dienstag-Ziehung der preussisch-süddeutschen Klassenlotterie 50 000 Mark gezogen. Das Los, das in ganzen Stücken gespielt wird, fällt in der ersten Abteilung nach Berlin, in der zweiten nach Schleswig-Holstein.

Jetzt hört man schon Bazillen laufen?



Der Herr Winkelmann ist es gelungen, mit Hilfe eines aus dem konstruierten Verjährens Geräusche allerleier Klänge hören zu machen. Mit der hier abgebildeten Apparatur hat er

Der Schatz auf dem Meeresgrund

Gold und Silber im Ozean — Der Kampf um den Dampfer „Egypt“ — Ein Sieg der Technik

Wenige Tage, nachdem es einem deutschen Unternehmen gelungen ist, an der französischen Küste das Wrack des Unglückschiffes „St. Philibert“ zu heben und zu bergen, waren in der Nähe der Katastrophestelle, 22 Seemeilen nordwestlich der bretonischen Küste und nicht weit vom Kap Finistère entfernt, andere Rettungsmannschaften bei einer ähnlichen Aufgabe gleichfalls mit Erfolg tätig. Den Tauchern des italienischen Rettungsschiffes „Artiglio“ gelang es, das Schatzgewölbe des hier vor neun Jahren gesunkenen englischen Dampfers „Egypt“ zu sprengen und mit der Bergung des Goldschatzes, der bisher in diesem Dampfer verschlossen war, zu beginnen.

Das Unglück des 20. Mai 1922

Der Dampfer „Egypt“, der der englischen Peninsular-Gesellschaft gehörte, wurde auf der Fahrt von London nach Bombay am 20. Mai 1922, abends um 7 Uhr im Nebel von dem französischen Kistenboot „Seine“ in der Nähe der Kanalausgang gelegenen Insel Sein gerammt. Die „Egypt“ sank innerhalb weniger Minuten. Von den 334 Passagieren konnten nur 230 gerettet werden. Im Jahre darauf versuchte eine norwegische Firma und dann 1926 ein französisches Unternehmen, das Wrack zu heben, beide Male vergebens. Erst 1930 erzielte man einen teilweisen Erfolg, als der Kapitän des Dampfers „Seine“, der das Unglück verschuldet hatte, zu Rate gezogen wurde und mit seinem Kartenmaterial die genaue Stelle angab, an der der verhängnisvolle Zusammenstoß erfolgt war. Eine italienische Gesellschaft, die Società Sorino aus Genua, übernahm die Bergungsarbeiten. Einige deutsche Taucher leisteten, mit den modernsten Ganztauch-Apparaten versehen, wichtige Hilfsdienste. Die zu den Hilfswenden benutzten italienischen Schiffe heißen „Kofiro“ und „Artiglio“. Auf dem „Artiglio“ ereignete sich voriges Jahr eine folgenschwere Explosion, die zwölf italienischen Matrosen das Leben kostete. Nun hat die „Artiglio“ noch noch Glück gehabt.

44 Millionen Mark!

An Bord der „Egypt“ befanden sich 839 000 Pfund Sterling in Banknoten, ein Wert von 250 000 Pfund in Goldbarren und

in Silberbarren etwa eine Million Pfund, zusammen also eine Riesensumme von etwa 44 Millionen Mark. Diese Beträge waren sämtlich in einer luftdicht verschlossenen Stahlkammer gebracht, die mitten in das Schiff, ziemlich weit unter Deck, eingebaut ist. Im September 1930 gelang es den Italienern, die deutschen Tauchern, den Gelbschrank der Kapitänstabelle mit seinem Gewicht von 200 Kilo an die Meeresoberfläche zu bringen und auf das Schiff „Artiglio“ zu befördern.

Alten, Dokumente und — Schlüssel...

Die Freude, von der dieses Ereignis begleitet wurde, erzielte sich als verfrüht. Der Gelbschrank enthielt nur diplomatische Geheimakten und Dokumente für den britischen Botschafter, fern Schatz und mehrere Schlüssel, deren Besitz jedoch jetzt von großem Wert sein wird. Um den Millionenbetrag zu heben, mußte man in das tiefste Innere des gesunkenen Schiffes eindringen, die schweren Türen aufbrechen oder mit den gesunkenen Schlüsseln aufschließen und endlich die Stahlkammer öffnen. Den ganzen vorigen Sommer war man mit Vorarbeiten beschäftigt, aber an den Tauchern heranzugelangen glückte damals noch nicht. Die Arbeiten fanden unter der ständigen Kontrolle des britischen Admirals Stephenson statt, weil das Geld auf dem Meeresgrund in dem englischen Staat gehört. Das Aufschließen der Kammer durch die Rettungsmannschaften nicht eine Minute aus dem Auge selbst des nachts wurde die Lage des Wracks beobachtet, um eventuellen „Wiraui“ schon im voraus die Luft zu vertreiben, die Bauch des Schiffes heimlich auf seine Schätze zu untersuchen.

Der Erfolg

Im Oktober 1930 wurden die Arbeiten als vorläufig erfolgreich abgebrochen. Das Schiff „Kofiro“ blieb in der Nähe zur Bewachung zurück, während die „Artiglio“ mit ihren Tauchern an anderen Arbeiten, der Hebung im Kriege verlorener Schiffe, wandte. Bei den Arbeiten an dem gesunkenen Dampfer „Kofiro“ ereignete sich dann die schon erwähnte Explosion. Seit Mai des Jahres 1931 haben die Sucharbeiten am Wrack der „Egypt“ neu begonnen. Jetzt sind sie endlich von Erfolg gekrönt worden.

Reins in Berlin

Am Dienstag abend traf der feinerzeit in Genua verhaftete Berliner Geldbriefträgermörder Reins mit einem Gefangenen-Sammeltransport in Berlin ein. Er wurde nach Moabit überführt.

Do X nach Charleston gestartet

Das Kriegsschiff Do X ist gestern um 7:17 Uhr Ortszeit von Miami nach Charleston (Südkarolina) gestartet.

Selbstmordversuch des Direktors der Darmstädter Volksbank

Direktor Weiler von der Darmstädter Volksbank, die ihre Zahlungen einstellen mußte, hat einen Selbstmordversuch unternommen. Er wurde ins Krankenhaus übergeführt.

13 Deutsche angegriffen?

Der aus Neu-Guinea nach Stockholm zurückgekehrte schwedische Konsul Lindahl teilte mit, daß vor einigen Wochen im Innern von Neu-Guinea ein deutscher Minenbesitzer namens Baum und 12 seiner Begleiter von Kannibalen aus dem Hinterhalt überfallen, mit Keulen erschlagen und verzehrt worden seien. Gegen die Eingeborenen sei eine Strafexpedition entsandt worden.

Schweizer Krebsstatistik

Das Schweizerische Gesundheitsamt hat festgestellt, daß jeder fünfte Schweizer an Krebs oder Tuberkulose stirbt. Die Krebssterblichkeit soll die Tuberkulosesterblichkeit noch übersteigen. In den Städten sollen Krebskrankungen häufiger sein als auf dem Lande.

Protest gegen Verbrecherentwefen

In einer großen Kemporter öffentlichen Versammlung, an der 2500 Personen teilnahmen, wurde gegen unzureichende Polizeimaßnahmen im Kampfe gegen das Kemporter Verbrechertum protestiert. Unter den Rednern war der frühere Staatssekretär Colby. Kurz nach Schluß der Versammlung veranfaßte die Polizei eine große Unterwelt-Kajja. Über 200 Personen wurde festgenommen.

Pilgerzug verunglückt

Bei Quercy in der Vendée (Frankreich) entgleiste am Montag abend ein mit Pilgern besetzter Sonderzug, der sich auf der Fahrt nach Bourges befand. Sämtliche Wagen des Zuges bis auf die Lokomotive stürzten um. 30 Reisende wurden mehr oder minder schwer verletzt.

„Nautilus“ hat Pech

Vom Billins Polar-U-Boot „Nautilus“ sind Funtsprüche eingelaufen, nach denen das U-Boot wieder Maschinen Schaden genommen haben und die Batterie und die Steuerung beschädigt und das Tiefenruder abgerissen zu sein. Wahrscheinlich wird das U-Boot das Badesgebiet wieder verlassen um besseres Wetter abzuwarten.

21 jährige Rechtsanwältin

Der jüngste weibliche Rechtsanwalt der Vereinigten Staaten von Amerika, die 21jährige Harrie Rothschild-Cotton hat in Tampa (Florida) den ersten Prozeß geführt und gewonnen. Das junge Mädchen ist eine Tochter deutscher Eltern. Ihr Vater stammt aus Simmern im Hunsrück.

Erdbeben in Belutschistan

Aus Quetta (Britisch-Belutschistan) ist eine Meldung über ein heftiges Erdbeben eingelaufen, bei dem viele Häuser beschädigt worden sind.

Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie

Wie uns die Lotteriebark Arndt, Breslau, Erlangen, Tauenhienplatz 1, mitteilt, wurden folgende Gewinne gezogen:

13. Ziehungstag 24. August 1931
In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 Mark gezogen
- 2 Gewinne zu 25000 Mk. 169829
 - 2 Gewinne zu 10000 Mk. 333832
 - 14 Gewinne zu 5000 Mk. 9580-74358 134616 179675 301171 386167 399561
 - 14 Gewinne zu 3000 Mk. 151308 194812 235925 288690 321204 328282 353920
 - 88 Gewinne zu 2000 Mk. 5772 15834 74041 74799 90779 93195 100512 121670 146876 158030 180128 197397 201431 213087 214888 219801 228482 245814 247746 252418 258278 325694 339079 350882 357663 369660 370042 374883 398633
 - 116 Gewinne zu 1000 Mk. 10371 15390 20695 22005 22240 23801 28807 39214 39485 41135 49480 55033 67749 78483 79831 87389 88844 96658 99688 104875 109161 123980 124100 134997 148781 157615 158078 163100 170532 188078 189080 194105 197917 202609 233763 234588 245132 245223 255315 257048 264814 273923 274379 278832 286956 318493 321116 321553 334075 346649 352892 353661 369678 361504 363270 370089 378988 377989
 - 168 Gewinne zu 500 Mk. 5892 14578 15887 18039 23203 29187 31211 38156 39002 40747 41301 42183 46247 49213 50639 55829 57633 58744 58849 59688 104875 109161 123980 124100 134997 148781 157615 158078 163100 170532 188078 189080 194105 197917 202609 233763 234588 245132 245223 255315 257048 264814 273923 274379 278832 286956 318493 321116 321553 334075 346649 352892 353661 369678 361504 363270 370089 378988 377989
 - 168 Gewinne zu 500 Mk. 954 2245 8029 9028 10875 12789 17884 18649 29802 34287 36436 36442 41860 46093 46477 47639 50714 54590 55852 56193 62030 63047 64538 69862 74404 108864 114243 114444 113172 114270 127725 128885 130551 136409 136813 178531 178991 179889 187543 188328 181125 185858 186081 171244 178531 178991 179889 181521 188028 189257 191398 200511 201872 209061 216093 215000 220478 222118 223934 224117 227294 239879 244980 257629 263004 284848 301422 307518 308829 312111 315023 315883 321444 332061 336513 337104 338443 342983 345485 358776 368817 382487 383120 384083 387803 389502 373415 379170 393791 394078 397235

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 Mark gezogen

- 2 Gewinne zu 75000 Mk. 168299
- 2 Gewinne zu 10000 Mk. 358382
- 10 Gewinne zu 5000 Mk. 227264 302235 308825 353327 372786
- 14 Gewinne zu 3000 Mk. 47633 122262 186131 272673 280670 363498 372207
- 34 Gewinne zu 2000 Mk. 80327 105167 108156 120171 133789 171426 183920 207502 238212 255204 265272 265055 270313 330646 337960 348075 390754
- 88 Gewinne zu 1200 Mk. 782 16042 19021 21720 23413 32640 48908 52984 57436 68899 72865 80848 81472 90432 91553 115143 124515 133082 133115 139530 147166 152284 153066 184214 185982 167689 185698 200345 230344 252185 259759 268318 277659 278505 287781 297584 396234 357647 359926 360383 363513 369860 379157 394784
- 168 Gewinne zu 500 Mk. 954 2245 8029 9028 10875 12789 17884 18649 29802 34287 36436 36442 41860 46093 46477 47639 50714 54590 55852 56193 62030 63047 64538 69862 74404 108864 114243 114444 113172 114270 127725 128885 130551 136409 136813 178531 178991 179889 187543 188328 181125 185858 186081 171244 178531 178991 179889 181521 188028 189257 191398 200511 201872 209061 216093 215000 220478 222118 223934 224117 227294 239879 244980 257629 263004 284848 301422 307518 308829 312111 315023 315883 321444 332061 336513 337104 338443 342983 345485 358776 368817 382487 383120 384083 387803 389502 373415 379170 393791 394078 397235

Im Gewinnrade verblieben: 2 Prämien zu je 500000, 2 Gewinne zu je 500000, 2 zu je 300000, 2 zu je 200000, 2 zu je 75000, 6 zu je 50000, 18 zu je 25000, 106 zu je 10000, 266 zu je 5000, 544 zu je 3000, 1592 zu je 2000, 8184 zu je 1000, 5186 zu je 500, 15752 zu je 400 Mark.